Entwurf für ein

SPD-Fortschrittsprogramm

Neuer Fortschritt und mehr Demokratie.

- Sozial gerecht
- Wirtschaftlich stark
- Ökologisch vernünftig

Vorlage zur Jahresauftaktklausur am 10. und 11. Januar 2011

www.spd.de

Gliederung:

I. Ein neuer Fortschritt ist nötig. ……. S. 3

II. Was wir erreichen wollen. ……. S. 8

III. Neue Wege für Deutschland. ……. S. 11

1. Neuer Fortschritt: Ein Programm für Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung ……. S. 11

- Nachhaltige Investitionskonjunktur S. 13
- Europäische Währungs- und Finanzmarktarchitektur S. 14
- Intelligente Industriepolitik S. 16
- Wirtschaftsdemokratie S. 17

2. Neuer Fortschritt: Ein Programm für Gerechtigkeit. ……. S. 18

- Steuergerechtigkeit und solide Finanzen S. 20
- Erneuerung des Sozialstaates S. 21
- Kommunen als Garanten für Gerechtigkeit S. 24
- Bildung und Erziehung zu Kompetenz und Orientierung S. 25
- Politik der Integration S. 27

3. Neuer Fortschritt: Ein Programm für gute Arbeit und für guten Lohn. ……. S. 28

- Recht und Ordnung am Arbeitsmarkt S. 30
- Aktionsprogramm Fachkräftesicherung S. 32
- Arbeiten und Leben – Partnerschaftliche Familie S. 33

4. Neuer Fortschritt: Ein Programm für Nachhaltigkeit. ……. S. 34

- Neues Bruttoinlandsprodukt S. 36
- Energiewende umsetzen S. 36
- Ökologische Industriepolitik S. 37

5. Neuer Fortschritt: Ein Programm für Europa und globale Gerechtigkeit. ……. S. 38

6. Neuer Fortschritt: Ein Programm für mehr Demokratie. ……. S. 41

I.
Ein Neuer Fortschritt ist nötig.

Woher wir kommen.

Die Sozialdemokratie ist seit ihren Anfängen Partei des gesellschaftlichen Fortschritts. Zusammen mit dem politischen Liberalismus kämpfte sie im 19. Jahrhundert gegen die Feudalherrschaft des Kaiserreiches und zugleich für Demokratie und Menschenrechte, für die Freiheit der Wissenschaft und technischen Fortschritt.

Aber im Gegensatz zu den Liberalen und den Konservativen setzten sich Sozialdemokraten von Anfang an dafür ein, diesen wissenschaftlichen und technischen Fortschritt zu gestalten und die Früchte des Fortschritts gerecht zu verteilen. Fortschritt war für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer ein gesellschaftlicher Fortschritt: zu mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität. Wirtschaftlicher und technischer Fortschritt sollten allen zu Gute kommen: als Befreiung von unzumutbaren Arbeitsbedingungen ebenso wie für einen höheren allgemeinen Lebensstandard und wachsende soziale Sicherheit. Nach der Barbarei der Nazidiktatur und den Verheerungen des Zweiten Weltkriegs wurde diese sozialdemokratische Idee zum Leitmotiv der erfolgreichen wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung der Bundesrepublik.

Aus der Kritik des Kapitalismus ist die Kritik des Fortschritts geworden.

Dieses alte Fortschrittsmodell ist brüchig und widersprüchlich geworden. Es bringt Verunsicherung statt Hoffnung, gerade dort, wo es früher als Versprechen an ganze Generationen gewirkt hat. Der Fortschritt, den wir erleben, ist entkoppelt - von der Verbesserung von Lebensqualität und Einkommen und der Sicherung von Nachhaltigkeit und Mitsprache. Fortschritt wird wahrgenommen als Programm der Unsicherheit und der Verunsicherung, der Übermacht der Märkte und der Entdemokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft. Dieser Vertrauensverlust geht mit einer Erosion des Vertrauens in die Politik und Wirtschaft einher.

Seit Anfang der 70er Jahre sind die Zweifel gewachsen, ob das bisherige Fortschrittsmodell auf Dauer mit den natürlichen Lebensbedingungen auf der Erde vereinbar ist. Seit Mitte der 80er Jahre haben immer weniger Menschen einen gerechten Anteil am Fortschritt, weitet sich die Kluft zwischen Arm und Reich. Für wachsende Gruppen der Gesellschaft löst sich das mit dem Fortschrittsverständnis verbundene Aufstiegsversprechen nicht mehr ein, Menschen werden in großer Zahl ins gesellschaftliche Abseits gedrängt. Die Fortschritts- und Reformversprechen der wirtschaftlichen und politischen Eliten haben sich für viele Menschen in Deutschland als leer erwiesen. Trotz sichtbar gewachsenen Reichtums und trotz aller persönlichen Veränderungs- und Leistungsbereitschaft hat sich für sie die persönliche Lebenssituation nicht verbessert.

Fortschritt wird inzwischen weitgehend auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt verkürzt verstanden. Es ist keine erkennbare und allen zu Gute kommende politische Gestaltung von Fortschrittsprozessen sichtbar. Daher herrscht zunehmend eine pauschale Fortschrittskritik vor, die sich inzwischen mehr kultur- und zivilisationskritischer als sozioökonomischer Argumente bedient. Ging es seit Beginn der Industrialisierung und dem Aufkommen der sozialdemokratischen Bewegung immer um die gerechte und soziale Aneignung der Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, entwickelte sich in den letzten 50 Jahren immer stärker eine kulturelle Fortschrittsskepsis. Aus einer Kritik der kapitalistischen Nutzung und Orientierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wurde zunehmend eine grundsätzliche Kritik am Fortschritt. Aus dem Kampf um die soziale Einhegung des Kapitalismus und gegen seine spezifische Form der (privaten und ökologisch wie sozial rücksichtslosen) Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist vielerorts ein Kampf gegen den Fortschritt selbst geworden, insbesondere dort, wo er Veränderungen im unmittelbaren Lebensumfeld von Menschen mit sich bringt oder einfordert. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung dreht sich nicht mehr um die richtige Balance zwischen privater und sozialer Aneignung des Fortschritts. Sondern sie richtet sich inzwischen mehr und mehr gegen jede Form der Veränderung, die von den wirtschaftlichen und politischen Eliten zu „Fortschrittsprojekten“ erklärt werden. Eine zeitgemäße Weiterentwicklung des Fortschrittsbegriffs ist bislang ausgeblieben.

Für diese Entwicklung gibt es mehrere Gründe:

- Die Globalisierung hat die Steuerungsfähigkeit der Nationalstaaten geschwächt, so dass es für die Regierungen schwieriger geworden ist, den sozialstaatlichen Kompromiss zwischen den wirtschaftlichen Interessen und den Lebensbedürfnissen der Menschen aufrecht zu erhalten.
- Während in den letzten Jahren mit China, Indien und Brasilien neue und starke Teilnehmer auf den Weltmärkten aufgetreten sind, ist es bisher nicht gelungen, aus Europa eine voll handlungsfähige politische und soziale Union zu machen. Daher droht Europa heute gegenüber anderen Großregionen in die Defensive zu geraten.
- In den letzten Jahrzehnten haben sich neoliberale und marktradikale Ideen überall auf der Welt verbreitet und die politische Praxis geprägt. Die Folge war, dass im großen Stil öffentliche Einrichtungen privatisiert, Sozialleistungen gekürzt, das Normalarbeitsverhältnis ausgehöhlt und die Steuerungspotentiale des Staates weiter geschwächt wurden. All dies verbunden mit dem illusionären Versprechen, der Markt werde von sich aus den optimalen Einsatz ökonomischer Mittel und am Ende auch angemessenen Wohlstand für alle bewirken.
- Um in der jüngsten Weltfinanzkrise einen folgenreichen Zusammenbruch des Bankensystems zu verhindern, mussten fast überall die Staaten mit gewaltigen Geldmengen intervenieren, auch in Deutschland. Dadurch wurden alle Anstrengungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zunichte gemacht, die öffentliche Verschuldung stieg auf ein bisher nicht da gewesenes Niveau und die Handlungsfähigkeit des Staates von den Kommunen bis hinauf zum Bund wurde erheblich beeinträchtigt.

- Zugleich wird die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in allen Staaten der Europäischen Union von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger als eine gegen sie gerichtete Sparpolitik empfunden. Während die Verantwortlichen der Finanz- und Währungskrise ungeschoren davonkommen und ihr riskantes und maßloses Treiben fortsetzen können, sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mittelständische Unternehmen, Familien, Rentnerinnen und Rentner für die Kosten der Krise aufkommen.

Der Kern des traditionellen sozialdemokratischen Fortschrittsversprechens – die Verbindung von technologischer Erneuerung und wirtschaftlichem Erfolg mit steigendem individuellem und gesellschaftlichem Wohlstand, sozialer Sicherheit und demokratischer Teilhabe für die gesamte Gesellschaft – erscheint gebrochen.

Wo gesellschaftlicher Fortschritt vermisst wird, bleibt noch die Hoffnung auf den technologischen und wissenschaftlichen Fortschritt. Doch auch diese Hoffnung existiert nicht ungebrochen. Das alte Fortschrittsmodell ist mit übermäßigem Ressourcenverbrauch und zu hoher Umweltbelastung verbunden. Die negativen Folgen, die in der fortschreitenden Erderwärmung ihren Niederschlag finden, verursachen schon jetzt so gigantische Kosten, dass die Bilanz des Fortschritts negativ wird. Mehrere Generationen haben inzwischen ihre Schlüsselerlebnisse – von Tschernobyl bis zur Bohrinsel Deepwater Horizon –, die ihnen die Risiken eines unkontrollierten technischen Fortschritts vor Augen geführt haben.

Auf diese Entwicklung bleiben den Bürgerinnen und Bürgern drei Reaktionsmuster. Manche verteidigen ihre Errungenschaften und Privilegien, zuweilen verbrämt mit ideologischen Begründungen aus der Vergangenheit. Andere setzen auf Stärkung ihrer persönlichen Kompetenzen und ihre Flexibilität, um sich im verschärften Wettbewerb zu behaupten. Das dritte Muster ist Angst und Pessimismus. Alle zusammen bilden aber keine Basis für einen gemeinsamen gesellschaftlichen Fortschritt, der als Ziel ein besseres Leben für alle hat.

Die für eine dynamische, wirtschaftlich und sozial erfolgreiche Gesellschaft unverzichtbaren Projekte und Veränderungen werden immer seltener die Zustimmung der Bevölkerung finden, wenn es bei dieser skeptischen Grundhaltung gegenüber der politischen Gestaltungskraft von Fortschritts- und Veränderungsprozessen bleibt. Ein sichtbares Beispiel für diese Entwicklung sind die umstrittenen Projekte für die industrielle Infrastruktur unseres Landes: Großprojekte der Energie- und Rohstoffversorgung, des Verkehrs und der Stadtentwicklung stoßen immer öfter auf Widerstand, weil die mit ihnen verbundenen Fortschrittsversprechen nicht mehr geglaubt und erfahren werden. In einem Klima der Verunsicherung wächst der Wunsch nach Sicherheit, klammern sich die Menschen an das Vertraute.

Fortschritt und Veränderung sind notwendig.

Für eine moderne Gesellschaft wie die bundesdeutsche ist eine solche Entwicklung gefährlich. Denn unser Land ist auf wissenschaftlich-technischen Fortschritt angewiesen. Eine älter werdende Gesellschaft wie die deutsche braucht eine dynamische Volkswirtschaft, sonst wird sie ärmer und die Verteilungskonflikte zwischen Jung und Alt und Arm und Reich nehmen zu. Mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft – auch Generationengerechtigkeit mit Blick auf Umwelt- oder Finanzfragen – ist ohne wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die damit verbundene Veränderungsbereitschaft nicht denkbar. Dazu gehört nicht nur Fortschritt bei erneuerbaren Energien oder grünen Technologien. Dazu gehören auch schwierige Projekte wie eine moderne Verkehrsinfrastruktur Rohstoffpipelines, Flughäfen oder Kraftwerke. Und auch die Fragen globaler Gerechtigkeit werden nur mit innovativen Industriegesellschaften gelöst: Der Rohstoffhunger der aufstrebenden Industrienationen, Hunger, Armut und Krankheit in den armen und ärmsten Ländern der Welt oder der Kampf gegen Aids, um nur einige der Herausforderungen zu nennen.

Wo der Fortschritt keine Hoffnung, keinen Wohlstand für alle, nicht mehr Lebensqualität und Teilhabe ermöglicht, brechen Demokratie- und Fortschrittskonflikte aus. Fortschritt heute ist eine Erfahrung der Ambivalenz. Der Mensch ist zu einem Spielball von Märkten, technokratischen Notwendigkeiten und vermeintlichen Sachzwängen geworden. Der Mensch fühlt sich allein gelassen. Er sieht sich einer Gesellschaft gegenüber, in der anonyme Prozesse und Akteure regieren. Das Argument des Sachzwangs ist zur Zwangsjacke geworden. In solch einem Klima können Zuversicht, Sicherheit, Engagement und neue Ideen nicht entstehen. Die Tatsache, dass das alte Fortschrittsmodell offensichtlich an Grenzen stößt, ist für manche sogar Anlass, alle Hoffnung auf weiteren Fortschritt aufzugeben. Nicht wenige halten gar das Ende von Demokratie und Sozialstaatlichkeit für gekommen.

Dem Fortschritt eine neue Richtung geben: Ein sozialdemokratisches Projekt.

Wir Sozialdemokraten teilen einen solchen Pessimismus nicht. Wir halten auch weiterhin gesellschaftlichen Fortschritt für notwendig und möglich – national wie europaweit und international. Unsere Gesellschaft bleibt gestaltbar und nichts ist vorherbestimmt. Die Zukunft ist offen.

Allerdings stellen wir uns der Notwendigkeit, das bisherige Fortschrittsmodell zu verändern. Jeder Fortschritt ist neu, aber nicht alles Neue ist Fortschritt. Die unübersehbaren ökologischen Grenzen einer auf Natur- und Rohstoffverbrauch ausgerichteten Industrialisierung zwingen zur Modernisierung unseres Fortschrittsverständnisses. Mehr als zuvor hängt die Entwicklung auch der deutschen Gesellschaft von unserer Bereitschaft und Fähigkeit zur internationalen Zusammenarbeit ab. Gemeinsam mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Europa und anderen Teilen der Welt treten wir für eine Politik ein, die sich erneut einen umfassenden gesellschaftlichen Fortschritt zum Ziel setzt: für mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität. Eine solidarische Gesellschaft, die individuelle Freiheit mit gemeinsamer Verantwortung aller für alle verbindet. Und in der wirtschaftlicher und technologischer Fortschritt mit individuellem und sozialem Wohlstand, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Teilhabe verbunden wird.
Diese Verbindung ist der emanzipatorische Kern unserer Idee für einen neuen, gerechten und nachhaltigen Fortschritt.

Wir sind überzeugt: Eine Veränderung zum Besseren ist in vielen Bereichen nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich. Wir wollen die Debatte um diesen neuen gesellschaftlichen Fortschritt neu anstoßen. Sie soll ein offener Prozess sein, der berechtigte Ängste und Sorgen aufnimmt und Ideen für neue Fortschrittsprojekte entwickelt. Nur eine gesellschaftliche Debatte kann den Menschen einen neuen Optimismus der Veränderung zum Besseren eröffnen. Nur so kann Fortschritt wieder zu einem Hoffnungs- und Zukunftsprojekt werden.

Sozialdemokratische Politik muss dabei die Richtung bestimmen, die der neue gesellschaftliche Fortschritt nehmen soll. Eine Richtung,

- die nicht nur auf eine bessere „Wettbewerbsfähigkeit“ des Einzelnen setzt, sondern eine neue Gemeinsamkeit für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft schafft,
- bei der die gesellschaftlichen und politischen Werte unseres Landes und Europas – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - im Alltag aller Menschen wieder erfahrbar werden,
- bei der Freiheit und Verantwortung zusammen gehören und die freie Entwicklung jedes Einzelnen mit Verantwortung aller füreinander verbunden wird;
- bei der die persönliche (Lebens-)Leistung und Anstrengung auch eine gerechte Teilhabe zur Folge hat;
- bei der soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit Bestandteil der notwendigen gesellschaftliche Veränderungen und Reformen bleiben;
- bei der die Globalisierung Gerechtigkeit für alle bringt und nicht nur Reichtum für wenige;
- bei der die Zukunft einen Wert erhält, indem langfristige Nachhaltigkeit statt kurzfristigem Gewinn zum Kriterium für politische und wirtschaftliche Entscheidungen wird.

Bei einem neuen Fortschrittsmodell geht es um die Zukunftsorientierung des Landes, nicht um die täglichen Schwankungen der Aktienmärkte und die nächsten Quartalszahlen. Gesellschaften dürfen sich nicht auf „Wettbewerbsfähigkeit“ reduzieren lassen. Das Gesellschaftliche, die wirtschaftlich-soziale Integration und Teilhabe, ist die unentbehrliche und nicht ökonomisierbare Voraussetzung eines neuen Fortschrittsmodells. Unsere Idee eines neuen gesellschaftlichen Fortschritts ist deshalb das Gegenkonzept zum Konservatismus, der vermeintliche Sicherheiten in turbulenten Zeiten verspricht, aber letztlich überholte Strukturen konserviert – von der Atomenergie, über ein Zwei-Klassen-Gesundheitssystem, die Beibehaltung sozialer Schranken bis hin zur Distanz zwischen Regierung und Regierten.

Der neue gesellschaftliche Fortschritt setzt auf Veränderung statt auf Stillstand, aber er glaubt nicht an das anonyme und freie Spiel der Marktkräfte. Er setzt auf demokratische Spielregeln, um bestehende Grenzen zu überwinden – vor allem soziale Schranken. Er muss aber auch, gerade um eine Richtung zu bekommen, neue Grenzen einziehen. Begrenzt werden müssen die Macht der Finanzmärkte ebenso wie die voranschreitende Flexibilisierung der Arbeit. Dazu gehört ein neues Verhältnis von Staat und Markt, die Rolle des Staates als Investor, Impulsgeber und demokratische Steuerungsinstanz muss gestärkt und die Balance von Arbeit und Kapital wieder hergestellt werden.

Wer das versteht, wird erfolgreich politisch handeln. Wer das nicht versteht, verspielt Zukunft und demokratischen Zusammenhalt. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bilden das Fundament, auf dem ein neues Fortschrittsmodell stehen muss. Eine solche neue Idee von Fortschritt braucht Leitlinien, politische Projekte und Programme.

II.
Was wir erreichen wollen.

Fortschritt heißt nicht Beschleunigung um jeden Preis, sondern er muss der Ökonomisierung Einhalt gebieten. Wirtschaft ist wichtig, sie ist aber nicht alles. Die Gesellschaft ist nicht für die Wirtschaft da, sondern die Wirtschaft für die Gesellschaft.

Eine dynamische Wirtschaft ist nötig, weil er die Voraussetzungen für die ökonomische, soziale und ökologische Zukunft sichern kann. Dazu jedoch ist eine gestaltende Politik erforderlich. Man kann Fortschritt nicht planen, aber ermöglichen und gestalten.

Fortschritt ist möglich. Dazu ist ein neues gesellschaftliches Bündnis notwendig. Wir holen uns den Fortschritt zurück, im Interesse der vielen, nicht der wenigen.

Neuer Fortschritt ist Wachstum für ein besseres Leben. Wachstum bleibt notwendig, aber mehr denn je müssen wir entscheiden, was in unserer Gesellschaft wachsen und was schrumpfen muss. Was wir heute wirtschaftliches Wachstum nennen, war ursprünglich nur eine statistische Zahl zur Errechnung der Gesamtleistung eines Staates. Wenn diese Summe von einem Jahr zum anderen anstieg, nannte man das Wachstum. Nicht alle Leistungen gehen in diese Zahl ein, denn z.B. die Leistung einer Hausfrau, die eine große Familie versorgt, geht nicht in die Statistik ein, denn sie lässt sich nicht exakt berechnen. Wir haben uns daran gewöhnt, dass sich Phasen stärkeren mit Phasen schwächeren oder gar ausbleibenden Wachstums abwechseln und reden dann von Aufschwung oder Abschwung. Regierungen, wenn sie ehrlich sind, wissen, dass sie beides nicht selbst machen, sondern etwas verstärken oder mildern können. Schwierig allerdings wird es, wenn rein quantitatives Wachstum zum einzig erkennbaren Ziel der Politik wird. Wo die rein statistische Steigerung des Wachstum zum entscheidenden Ziel aller Politik erhoben wird, verzichtet diese auf ihren demokratisch legitimierten Vorrang. Aus dem Primat der Politik wird das Primat der Ökonomie über die Politik. Dieser schleichenden Entwicklung muss Einhalt geboten werden.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen schon lange, dass nicht jedes Wachstum Fortschritt ist. Wachsen muss, was natürliche Lebensgrundlagen sichert, Lebens- und Arbeitsqualität verbessert, Abhängigkeiten mindert und Selbstbestimmung fördert, Leben und Gesundheit schützt, Frieden sichert, Lebens- und Zukunftschancen für alle erhöhe, Kreativität und Eigeninitiative unterstützt. Schrumpfen oder verschwinden muss, was die natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet, Lebensqualität mindert und Zukunftschancen verbaut. Die politische Aufgabe besteht also in der Auswahl, denn das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) allein ist ebenso wenig mit gesellschaftlichem Fortschritt gleichzusetzen wie der Verzicht darauf.

Die Entscheidung über die Qualität des Wachstums erfordert eine politische Diskussion, schließlich auch politische Entscheidungen, seien es Gesetze oder administratives Handeln. So, wie die Forderung nach möglichst viel rein quantitativem Wachstum zum Primat der Ökonomie führt, so folgt aus der Frage, was denn wachsen soll und was besser nicht, der Primat der Politik. Es geht im Kern darum, den Gestaltungsspielraum für demokratisch legitimierte Politik zurück zu erobern. Das Konzept eines neuen gesellschaftlichen Fortschritts ist zwar nicht identisch mit dem eines so verstandenen Wachstumsbegriffs, aber es schließt ihn ein. Wer „neuen Fortschritt“ will, muss sagen, was wachsen soll und was nicht.

Wache Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich gern an einer Diskussion darüber, was nach ihrer Einschätzung rasch wachsen sollte und was nicht. Eine Diskussion darüber, was wachsen und was schrumpfen muss, damit wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen schonen und so leben können, wie wir leben wollen, könnte unsere Demokratie besser beleben als alles Jammern über Demokratieverdrossenheit. Damit wäre ein Paradigmenwechsel verbunden, denn in der marktradikalen Epoche haben wir uns zu sehr angewöhnt zu fragen, wie wir leben müssen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Politik aber lebt von der Frage, wie wir leben wollen. Sowohl die qualitativen Entscheidungen über wirtschaftliches Wachstum als auch die Suche nach einem neuen gesellschaftlichen Fortschritt ist Ausfluss der Frage, wie wir leben wollen und wie nicht. Damit hat die Geschichte der Sozialdemokratie einmal begonnen.

Neuer Fortschritt ist nachhaltig. Die Geringschätzung der Zukunft ist ein Hauptproblem von Politik und Wirtschaft. Wir haben einen Maßstab für alles, was heute etwas wert ist, aber keinen Maßstab dafür, was in der Zukunft verloren geht. Der traditionelle Erfolgsmaßstab – das Bruttoinlandsprodukt (BIP) - eignet sich nur eingeschränkt als Wohlstandsindikator, weil es auch langfristig schädliche Wachstumselemente positiv in seine Rechnung einfließen lässt. Breitere Wohlfahrtsmaße sind zwar in aller Munde, aber es gibt bisher keinen konsensfähigen Index für mehrere Länder. Ziel muss es sein, einen ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator zu entwickeln. Wir müssen noch stärker darauf hinarbeiten, Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch zu entkoppeln. Wirtschaftliche, soziale und finanzielle Maßnahmen müssen danach bewertet werden, ob sie die ökologische Wahrheit sagen. Dafür müssen wir Wachstum anders messen und bewerten. Wir brauchen zusätzliche und neue Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität wie die Einkommensverteilung, die Lebenserwartung und den Bildungsstand in unserem Land. Und wir benötigen ein System, in dem der ökologische „Fußabdruck“ durch Natur- und Ressourcenverbrauch für die Zukunft einen Preis erhält.

Solche Indikatoren ermöglichen es der Politik, konkrete Maßnahmen an messbare Ziele zu koppeln und können so auch zu mehr Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit der Politik beitragen. Ökologie und Nachhaltigkeit sind die tragenden Pfeiler der Ökonomie des 21. Jahrhunderts.

Neuer Fortschritt ist innovativ. Innovationen können den Fortschritt befördern. Aber nicht jede Innovation ist ein wirklicher Fortschritt. Auch hier gilt das Prinzip Verantwortung. Wachstum kann und muss vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. Es ist vollkommen klar, dass wir unsere dramatischen ökologischen Probleme nicht lösen können ohne Investitionen für technologische Innovationen. Nachhaltigkeit braucht eine dritte industrielle Revolution. Nur die Volkswirtschaften, die sich rechtzeitig auf die Herausforderungen der Nachhaltigkeit einstellen, werden dauerhaft prosperieren und für breiten Wohlstand sorgen. Die uneingelösten emanzipatorischen Versprechen des technologischen Fortschritts können nicht mit der Verabschiedung der Idee des technologischen Fortschritts beantwortet werden.

Neuer Fortschritt ist Gute Arbeit und Gutes Leben. Eine Gesellschaft und ihre Menschen brauchen klare Leitbilder für gute Arbeit und gutes Leben. Fortschritt ist humaner Fortschritt, oder er ist kein wirklicher Fortschritt für alle. Wo alles zur Ware am Markt wird, verlieren Menschen Sicherheit und Orientierung, verliert die Politik ihren Gegenstand und wird im wahrsten Sinne des Wortes gegenstandslos. Menschen mit guter Arbeit sind produktiver, innovativer, offener und optimistischer. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land brauchen deshalb faire Löhne und menschengerechte Arbeitsbedingungen. Gute Arbeit hat außerdem einen Wert, der weit über das Materielle hinausreicht. Gute Arbeit befähigt zur Teilhabe an der Gesellschaft und verleiht Selbstachtung. Und nicht zuletzt: Gute Arbeit und faire Löhne sind dringend geboten, weil Leistung keine Einbahnstraße ist. Wer zum Gelingen beiträgt, muss auch etwas davon haben.

Neuer Fortschritt ist sozial und gerecht. Das Soziale schafft nicht nur Zusammenhalt, es ist auch eine Produktivkraft. Soziale und gerechte Gesellschaften sind stabiler, erfolgreicher, demokratischer und glücklicher als gespaltene Gesellschaften. Es geht um die Verbesserung der Lebenschancen für alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft. Die Ökonomisierung der Gesellschaft muss Grenzen haben. Risiken dürfen nicht weiter individualisiert werden. Wenn Menschen unverschuldet in Not geraten, ist die Solidarität gefragt. Eigentum und Wohlstand verpflichten, auch zu Solidarität mit Schwächeren. Chancengleichheit ist keine Gleichmacherei, sondern Befähigungsgerechtigkeit, die in allererster Linie durch den gleichen Zugang zu Bildung, Qualifikation und Arbeit entsteht. Wir wollen Bildungs- und keine Herkunftseliten. Wie sollen wir von Fortschritt sprechen können, wenn es den einen immer nur auf Kosten der anderen besser gehen kann? Wie sollen wir von Fortschritt sprechen, wenn die Ungleichheit zunimmt? Immer mehr Menschen und immer mehr Wissen werden gebraucht, um Dynamik zu erhalten und zu verbreitern. Nur so werden wir ein besseres Leben für alle und nicht nur für wenige schaffen.

Neuer Fortschritt ist europäisch und global. Wir wollen Fortschritt in allen Regionen der Welt. Globalisierung wird nur dann Akzeptanz finden, wenn sie allen nutzt. Im Sinne eines neuen Fortschritts muss die Europäische Union unsere Antwort auf die Globalisierung werden. Dazu müssen wir den Binnenmarkt und die Währungsunion ergänzen um eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Koordination der Wirtschaftspolitik, die Schaffung einer Sozialunion und eine Stärkung der Demokratie in Europa.

Wir brauchen ökonomischen, ökologischen, sozialen und demokratischen Fortschritt auch, damit wir ärmeren Ländern eine Perspektive geben können. Verzicht zu predigen ist keine Strategie für die entwickelten Industrieländer und wäre zynisch gegenüber den nachholenden Ökonomien. Fortschrittsskepsis ist gefährlich angesichts der Milliarden von Menschen, die ihren langen Marsch zu Wohlstand eben erst angetreten haben. Fortschritt heißt auch Wohlstand. Und Wohlstand muss immer Wohlstand für alle heißen.

Neuer Fortschritt ist demokratisch. Wir müssen wieder mehr Demokratie wagen: Nur wenn die Entscheidungen über das Zusammenleben und Fortkommen der Menschen in den Demokratien, in den gewählten Parlamenten und Regierungen fallen und nicht auf anonymen Märkten oder in Einflusssphären wirtschaftlich Mächtiger, kann die demokratische Kontrolle über die Bedingungen unseres Zusammenlebens wieder hergestellt werden. Und nur wenn die Menschen wieder in die ökonomische und soziale Lage versetzt werden, an der Gesellschaft teilzunehmen, kann die Demokratie an Stärke gewinnen. Die Akzeptanz von Demokratie hängt von der Transparenz und Offenheit der eigenen Leistungsfähigkeit ab, wirtschaftlichen Wohlstand herzustellen und aufrechtzuerhalten, sozialen Ausgleich zu sichern und für eine lebenswerte Umwelt zu sorgen. Dabei brauchen wir eine zunehmende Globalisierung der Demokratie, um globale Umweltherausforderungen anzugehen und globale Märkte zu regulieren.

III.
Neue Wege für Deutschland.

1. Neuer Fortschritt: Ein Programm für Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat deutlich gemacht: Unsere finanziellen Ressourcen wurden in die falschen Sektoren gelenkt, sie wurden nicht schöpferisch in der Realwirtschaft genutzt, wo sie für ein nachhaltiges Wachstum hätten sorgen können. Rund eine Billion Euro (!) hat die deutsche Volkswirtschaft seit Beginn der europäischen Währungsunion mehr eingenommen als ausgegeben. Und trotzdem hatte Deutschland eine der schlechtesten Netto-Investitionsquoten Europas. Geringe Löhne und niedrige Steuern führten nicht automatisch zu mehr Investitionen in Deutschland und Europa. Stattdessen flossen Milliardengewinne in weltweite riskante Finanzmarkt- und Immobilienspekulationen. Aus der Immobilienkrise wurde eine Bankenkrise, aus der Bankenkrise wurde eine Wirtschaftskrise, aus der Wirtschaftskrise wurde eine Haushalts- und Währungskrise.

Die Internationale Finanzmarktkrise hatte und hat gravierende Folgen für die Realwirtschaft. Das Welthandelsvolumen ist in 2009 um 11 Prozent gesunken. Der Abschreibungsbedarf bei Banken liegt Schätzungen des Internationalen Währungsfonds zufolge bei 3,4 Billionen US-$. Der globale Geldvermögensverlust beläuft sich nach Berechnungen der Allianz auf rund 9,5 Billionen. Die privaten Schulden summierten sich in den USA auf schwindelerregende 5,3 Billionen US-Dollar, das entspricht einem durchschnittlichen privaten Verschuldungsgrad von 133 Prozent. Mehr als 43 Mio. Menschen in den USA leben unter der Armutsgrenze und in China gingen 20 Mio. Arbeitsplätze verloren.

In Deutschland ist das BIP in Deutschland 2009 um 4,7 Prozent eingebrochen. Allein in Deutschland hat die Wirtschaftskrise die Zahl der Unternehmenspleiten gegenüber 2008 um 16 Prozent auf 34.300 nach oben getrieben. Die Zahl der von Insolvenzen betroffenen Mitarbeiter nahm von 447.000 im Jahr 2008 auf 521.000 im Jahr 2009 zu. Für die deutsche Volkswirtschaft entstand ein Schaden von 48,6 Milliarden Euro. Gegenüber 2008 entspricht dies einer Steigerung von 19,6 Milliarden Euro oder 67 Prozent.

Umso erfreulicher ist die heutige Situation. Deutschland hat die Wirtschaftskrise noch nicht überwunden, ist aber auf einem besseren Weg als die meisten anderen Industriestaaten. Wir Sozialdemokraten haben auch in den Hochzeiten der New Economy Wert auf den Erhalt einer breiten industriellen Basis gelegt. Durch unsere Reformpolitik hat Deutschland seine Wachstumsschwäche überwunden. Innovative Unternehmen, gut ausgebildete, motivierte und kreative Belegschaften haben in Deutschland die Krise besser meistern können als in den meisten anderen Ländern der Erde. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind stolz darauf, dass es unsere Beiträge in der Krise – Konjunkturprogramme, Abwrackprämie für die Automobilindustrie und Kurzarbeiterregelung – waren, die den richtigen Rahmen geschaffen haben, um Beschäftigung und Arbeitsplätze zu sichern. Dieser Positivtrend und die Prognosen sind Ausweis der soliden industriellen Basis in Deutschland, aber auch Beleg für die Wirksamkeit konjunkturpolitischer Maßnahmen im Weltmaßstab, die den wirtschaftlichen Kollaps verhindern konnten. Blindes Sparen und restriktive Geldpolitik hätten uns, wie in den 30er Jahren, in den wirtschaftlichen Abgrund geführt.

Deutschland hat Anlass zu sachlichem Optimismus, nicht aber zur blinden Euphorie. Strukturell ist die Krise nicht überwunden, das Finanzmarkt-Casino längst wieder eröffnet. Der Finanzsektor ist weiterhin intransparent und oft noch deutlich unterkapitalisiert. Der Euro ist labil, das Krisenmanagement wirkt weiterhin sehr improvisiert. Deutschland müsste zentraler Krisenmanager für den Euro sein, stattdessen hechelt die Bundesregierung den Ereignissen systematisch hinterher.

Der deutsche Aufschwung ist exportgetrieben, die Binnenkonjunktur trägt noch nicht ausreichend zum Wachstum bei. Damit ist Deutschland weiterhin stark vom Weltmarkt abhängig, insbesondere von Wachstumsimpulsen aus Schwellenländern wie China.

Auch im Herbstgutachten für die Bundesregierung wird vor zu viel Überschwang gewarnt. Die Krise hat das Produktionspotential schrumpfen lassen und die Erholung der deutschen Wirtschaft wird noch lange dadurch beeinträchtigt, dass die Krise in vielen Handelspartnerländern andauert. Die hohe Arbeitslosigkeit in den USA führt zu einer dortigen Konsumabkühlung. Es besteht die berechtigte Angst vor einer Überhitzung des Immobilienmarktes in China und die Probleme in Europa dauern an. Es gibt also keinen Anlass zur Entwarnung und keinen Grund, sich auszuruhen oder mit fremden Lorbeeren zu schmücken. Der Sachverständigenrat erwartet eine Wachstumsverlangsamung und prognostiziert für 2011 ein Wachstum von nur noch 2,2 Prozent.

In Deutschland herrscht ein Investitions- und damit Innovationsstau. Die weltweite Wirtschaftskrise hat die Innovationsfreude deutscher Unternehmen gebremst. Die Investitionen in Deutschland sind zurückgegangen. Besonders dramatisch: 2009/2010 sind erstmals seit 15 Jahren die Innovationsausgaben der deutschen Wirtschaft gesunken. Um 10 Prozent auf nur mehr 114,5 Milliarden.

Die Konsequenzen: Schlüsselbranchen in Deutschland schieben derzeit keine neuen Projekte mehr an, innovative Branchen zögern. Stattdessen werden Risikotechnologien wie die Atomkraft politisch gestützt. Dadurch ist unsere Wettbewerbsfähigkeit gefährdet, denn die Konkurrenz schläft nicht. Die neuen ökologischen Technologie- und Produktionscluster bilden sich jetzt und nicht erst in 10 Jahren.

Deutschland muss in seine Zukunft investieren, um seine Vorreiterrolle im Bereich der Innovations- und Fertigungsprozesse in zentralen mid-tech Märkten wie Automobile, Maschinenbau und Chemie zu sichern. Der Wettbewerbsdruck aus Ländern wie China auf den klassischen Industriemärkten ist beträchtlich. Als exemplarisch kann hier das Thema Elektromobilität gelten, bei dem China im zentralen Bereich der Batterietechnik bereits besser aufgestellt ist als Deutschland.

Notwendig sind Anreize für realwirtschaftliche, bildungspolitische oder infrastrukturelle Investitionen im Inland. In den vergangenen 10 Jahren sind zwei Drittel der deutschen Ersparnisse ins Ausland geflossen und wurden dort angelegt. Nur ein Drittel ist hierzulande in Fabriken, Maschinen, Schulen oder Straßen investiert worden. Dieses Potenzial müssen wir für Zukunftsinvestitionen in Deutschland nutzen.

Unsere Ziele:
Diese Krise hat uns gelehrt, dass das blinde Vertrauen in die Stabilität und Effizienz der Märkte nicht gerechtfertig ist. Märkte bedürfen eines stabilisierenden Ordnungsrahmens und im Fall von Krisen stabilitätspolitischer Eingriffe, oder auch einer aktiven Konjunkturpolitik. Wachstum darf nicht länger primär auf Überschüsse im Außenhandel gründen, sondern muss die hohen Exporte durch eine höhere Binnennachfrage ausbalancieren.

Das Gebot der Stunde ist eine europäische koordinierte und konjunkturorientierte Wirtschaftspolitik. Gefordert sind Realismus und konsequentes Handeln statt Leugnen, Abwiegeln und Hinhalten.

- **Wir brauchen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Investitionskonjunktur.** Die Zukunft beginnt jetzt, wir müssen heute die richtigen Weichstellungen vornehmen, um von den Leitmärkten der Zukunft zu profitieren

  Dafür nötig sind nicht nur mehr Investitionen in Deutschland, sondern auch eine koordinierte europäische Investitionspolitik in industriepolitische Projekte, das konsequente Besetzen von Leitmärkten im Bereich der GreenTech und Ressourceneffizienz inklusive gezielter Investitionen in diesen Bereichen.

Eine am Mittelstand ausgerichtete Wirtschaftspolitik, die eine Dynamisierung des deutschen Binnenmarktes zum Ziel hat, braucht Rahmenbedingungen für Investitionen. Die Nettoinvestitionsquote in Deutschland ist mit 4 Prozent auf einem historisch niedrigen Stand, geringer als in fast allen anderen Industriestaaten. Wir brauchen einen Investitionsaufschwung. Dafür brauchen wir eine Wirtschaftspolitik, die Investitionen sowohl seitens des Staates als auch von Privaten konsequent fördert. Nur so kann Deutschland dem fortwährenden Druck auf Löhne und Gewinne begegnen.

Damit Deutschland den europäischen Durchschnitt der letzten Jahre erreicht, müssten die öffentlichen Investitionen deutlich ausgeweitet werden. Auch die privaten Investitionen waren in Deutschland im letzten Jahrzehnt zu niedrig. Trotz der erheblichen Steuersenkungen für Unternehmen und trotz der maßvollen Lohnanhebungen, die zu einer spürbaren Umverteilung zugunsten der Gewinneinkommen führte, ist die Investitionsquote nicht höher als in früheren Jahrzehnten. Dies zeigt: Eine Wirtschaftspolitik der Umverteilung zugunsten der Unternehmen und pauschale Steuervorteile bewirken noch keinen Investitionsschub.

Es müssen gezielte steuerliche Anreize für Investitionen gegeben werden. Grundsätzlich müssen Unternehmen, die real investieren, steuerlich bevorzugt werden, vor allem in den Bereichen Energie- und Ressourceneffizienz. Dies kann durch jeweils unterschiedliche Steuerabzugsfähigkeit erreicht werden. Besonders erwünschte Investitionen müssen vollständig von der Steuerschuld abgezogen oder sogar mit einer Investitionszulage bedacht werden.

Die Förderung muss dynamisch angelegt sein. Es werden nur Investitionen gefördert, die über den Durchschnitt der jeweils vergangenen ca. 5 Jahre hinausgehen. Dies vermittelt den Anreiz, Investitionen zu stärken. Zugleich sollte in regelmäßigen zeitlichen Abständen geprüft werden, ob man die Ziele, die mit dieser Investitionsförderung angestrebt werden, auch tatsächlich erreicht.

- **Wir brauchen eine europäische Währungs- und Finanzmarktarchitektur.** Die vermeintlich solide Architektur der Währungsunion, die durch den Maastrichter Vertrag bestimmt wird, ist unzureichend. Um den Euro stabil zu machen, brauchen wir nicht weniger sondern mehr Europa. Aus der Währungsunion muss auch eine wirkliche Wirtschaftsunion werden.

  Der beschlossene europäische „Krisenmechanismus zur Wahrung der Finanzstabilität“ konzentriert sich auf die Symptome, die Bekämpfung der Ursachen kommt zu kurz. Wir wollen eine Stabilisierung. Es geht darum, aus der unfertigen Währungsunion eine stabilitätsorientierte Wirtschaftsunion zu machen. Dazu gehört vor allem die Behebung des Geburtsfehlers der Währungsunion: das Fehlen einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Eurozone und in der gesamten europäischen Union.

  Diese gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik muss mehr beinhalten, als das gemeinsame Eintreten für Preisstabilität und Haushaltsdisziplin der Mitgliedsstaaten. Dazu bedarf es einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Europäischen Union.

Es ist offensichtlich, dass zur Überwindung der aktuellen Krise des Euro deutlich mehr getan werden muss, als die Aufforderung zum „Maßhalten“ in den Staatsausgaben der Mitgliedsstaaten. Ein Blick in die Schuldenstände dieser Mitgliedsstaaten zeigt, dass gerade die Länder in massive wirtschaftliche und finanzpolitische Schwierigkeiten gekommen sind, die weit geringere Schuldenstände als Deutschland hatten: Irland, Portugal und Spanien. Offenbar ist also eine niedrige Staatsverschuldung kein wirklich sicheres Kennzeichen für die Qualität einer Volkswirtschaft.

Das Fehlen jeder gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik innerhalb des gemeinsamen Währungsraums wurde von konservativen und liberalen Politikern allerdings nicht etwa als Geburtsfehler des Euro angesehen, sondern geradezu als zentrale Bedingung für den Wettbewerbsföderalismus in Europa betrachtet. Er sollte helfen, Steuern zu senken und Löhne und Sozialabgaben möglichst niedrig zu halten. Mehr noch: das europäische „Modell“ eines reinen Wettbewerbsföderalismus sollte auch zum Vorbild für die Bundesrepublik werden. Wie daraus eine gemeinsame Entwicklung innerhalb des Euroraums zu mehr Wohlstand für alle werden sollte, blieb immer das Geheimnis der politischen Theologen, die mehr Glaubenssätze denn ökonomische Vernunft predigten.

In diesem gnadenlosen Wettbewerb innerhalb der EU und des Euroraumes schützte jeder seinen nationalen Vorteil: die Briten ihre Börse, Frankreich große Teile seiner Wirtschaft und Deutschland seinen Außenhandelsüberschuss. Aus der großen Idee einer gemeinsamen Friedens- und Wohlstandsregion Europa wurde nach und nach nur noch die Summe der nationalen Egoismen. Weil fast niemand aus den politischen Führungsetagen der EU und des Euroraums noch den Willen an ein Europa hat, das mehr Wert besitzt als die Summe seiner nationalen Egoismen, ist Europa führungslos.

Wenn sich Deutschland jetzt für die Stabilisierung des Euros einsetzt, dann darf es das nicht nur aus kurzfristigem nationalem Interesse tun. Und das bedeutet, dass sich die nationalen Parlamente und Regierungen Europas zu einem gemeinsamen Ziel bekennen müssen: die Annäherung der Lebensverhältnisse in Europa. Nur dann macht eine gemeinsame Währung Sinn. Nichts davon wird über Nacht geschehen und vieles erst in Jahrzehnten. Aber eine solche gemeinsame Politik gäbe Europa für seine Bürgerinnen und Bürger wieder einen Sinn.

Um aus der Schuldenkrise herauszukommen, brauchen wir nicht nur einen permanenten Krisenfonds, der Euro-Länder mit kurzfristigen Liquiditätsproblemen stützen kann und der eine Restrukturierung der Staatsschuld überschuldeter Länder organisieren kann. Es sollte auch die Schaffung eines Euro-Bonds erwogen werden, der es den Ländern der Eurozone ermöglichst, sich bis zur Maastricht-Schuldengrenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts kostengünstig zu refinanzieren. Zur Wahrung der Haushaltsdisziplin müssten Länder für Schulden, die über diese Grenze hinausgehen, deutlich teurere und nachrangige nationale Schulden emittieren. Eurobonds müssen allerdings Teil eines politischen Gesamtkonzepts sein: Gläubigerbeteiligung („Haircut“) für die am stärksten betroffenen Staaten Griechenland, Irland und Portugal, eine gesamtschuldnerische Haftung für die gesamte übrige Staatsschuld der Eurozone und Schritte zu einer europäischen Wirtschaftsregierung.

Bei der Aushandlung der europäischen Richtlinien zur Regulierung der Ratingagenturen, von Hedge-Fonds und der Verbriefung von Kreditrisiken hat sich die Bundesregierung mit Minimalkompromissen zufrieden gegeben. Es bleibt vieles zu tun, um den Banken ihre eigentliche dienende Funktion zurück zu geben, d. h. die Sammlung von Kapital und die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten. Der Anreiz, überschüssiges Geld und überschüssige und andernorts dringend benötigte Energie in hochriskante Zockereien zu investieren, muss reduziert werden.

- Gebraucht werden höhere Eigenkapitalquoten der Banken. Diese Kapitalpuffer müssen in guten Zeiten aufgebaut werden. Die Verständigung der G 20 auf die vom Baseler Ausschuss vorgeschlagenen höheren Eigenkapitalstandards ist ein wichtiger Schritt. Mit Blick auf die Sicherung der Kreditversorgung der Wirtschaft ist es sinnvoll, dass den Kreditinstituten angemessene Fristen für die Anpassung an die neuen Standards eingeräumt werden. Die besondere Struktur der Sparkassen muss noch stärker zu berücksichtigen.
- Notwendig bleibt die schärfere Regulierung hochspekulativer Produkte wie z.B. Derivate, mehr Aufsicht und Transparenz z. B. durch Auflagen für Handel, die Einführung von Clearingstellen oder das Verbot einzelner Produkte.
- Zwingend ist auch eine effektivere Aufsicht über Rating-Agenturen. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Schiedsrichter nicht auch Mitspieler sind. Die Bilanzierungsregeln müssen so geändert werden, dass alle Risiken und alle Haftungsfolgen in der Bilanz erkennbar sind. Eine europäische Regulierung ist hier auf den Weg gebracht. Noch besser wäre aber die Einführung von Rating-Agenturen in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft.
- Wir brauchen außerdem eine Finanztransaktionssteuer, um übertriebene und sozial schädliche Kurzfristspekulation zurückzudrängen. Momentan gibt es an den Börsen übertriebene und destabilisierende Anstrengungen, mit vollautomatischer Börsenhandelsprogrammen ein paar Millisekunden schneller im Markt zu sein, als die anderen Marktteilnehmer. Dies ließe sich mit einer solchen Steuer zurückdrängen mit dem angenehmen Nebeneffekt erheblicher Steuereinnahmen. Das Wiener Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo) schätzt, dass eine geringe Steuer in Höhe von 0,05 Prozent bereits Einnahmen in Höhe von 20 Mrd. Euro jährlich einbringen würde
- Zudem brauchen wir den Aufbau eines echten von den Banken finanzierter Sicherungsfonds, aus denen Restrukturierungen und Abwicklung von in Schieflage geratenen Instituten finanziert werden können, die Trennung von Geschäfts- und Investment-Banken und der Stärkung des Anlegerschutzes.

- **Wir müssen eine intelligente Industriepolitik entwickeln.** Neben einer robusten Regulierung der Finanzmärkte braucht Deutschland den Mut zu einer konsequenten Industriepolitik. Im „Deutschlandplan“ hat die SPD die zentralen Eckpunkte dafür benannt: Im Laufe der nächsten zehn Jahre wollen wir Vollbeschäftigung erreichen und uns auf den Weg zu ausgeglichenen Haushalten machen. Wir brauchen Unternehmen, die sozial und ökologisch nachhaltig investieren und verantwortlich handeln. Und wir müssen Gerechtigkeit herstellen – mit einer faireren Einkommensverteilung und einer echten Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Wirtschaft.

  Mut zur Industriepolitik heisst konkret: Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft muss es sich zum Ziel setzen, die gesamte Wertschöpfungskette industrieller und gewerblicher Produktion in Deutschland zu halten. Es gehört zu den großen Erfolgen sozialdemokratischer Politik, in den letzten Jahren diesen industriellen

und gewerblichen Kern der deutschen Volkswirtschaft verteidigt und gestärkt zu haben. Sicher: Die industrielle Produktion macht nur noch rund 25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes unseres Landes aus. Aber an dieser Produktion hängt vieles von dem, was den Wohlstand unseres Landes ausmacht: die Exportwirtschaft mit ihren großen Beschäftigungseffekten, öffentliche Einnahmen zur Finanzierung staatlicher Aufgaben und des öffentlichen Dienstes, Forschung und Entwicklung und eine Vielzahl von Dienstleistungen. Und nicht zuletzt: der Erfolg „grüner“ Anwendungstechnologien in Deutschland hat die Stärke traditioneller Industriezweige wie den Maschinenbau, die Elektrotechnik, den Stahl, den Automobilbau oder die Chemie zur Voraussetzungen.

Deshalb wird sich sozialdemokratische Wirtschaftspolitik nicht nur für industrielle Forschung und Entwicklung und „High-End-Produkte“ am Standort Deutschland einsetzen, sondern ebenso für den Erhalt der Produktion und der gesamten industriellen und gewerblichen Wertschöpfungskette. Die Voraussetzungen dafür sind ausreichend qualifizierte Fachkräfte und Investitionen in den Bildungsstandort Deutschland, aber ebenso eine industrielle Infrastruktur mit Rohstoffpipelines und Verkehrswegen und eine für Industrie und Verbraucherinnen und Verbraucher sichere und bezahlbare Energieversorgung.

Industrielle und gewerblich-technische Innovation haben Voraussetzungen. Richtige Anreizsysteme bereiten den Weg in die Wirtschaft von morgen und sparen Geld: Die deutsche Wirtschaft konnte im Jahr 2008 mit Hilfe von Prozessinnovationen Kosten von 3,9 Prozent je Stück beziehungsweise je Vorgang einsparen.

Schlüssel zum Erfolg in allen Bereichen ist die Kombination aus einer hochinnovativen und unternehmerisch denkenden Privatwirtschaft, die Bereitstellung einer leistungsfähigen staatliche Infrastruktur und eine leistungsfähige Forschungslandschaft, die die ganze Bandbreite zwischen reiner Grundlagenforschung und angewandter Forschung überzeugend abdeckt. In allen drei Bereichen sind Privatwirtschaft und Staat als komplementäre und kooperative Akteure und Pioniere gefragt. Um nicht zum Spielball zu werden, braucht Deutschland eine neue Innovationsstrategie und eine neue Innovationskultur, die sich an den Leitmärkten der Zukunft ausrichtet.

- **Ein Fortschrittskonsens braucht Wirtschaftsdemokratie.** Demokratie darf nicht an den Werkstoren oder Konzernzentralen halt machen. Die Krise hat gezeigt, dass Kurzfristdenken den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet und auch der Wirtschaft schadet.

  Wir brauchen ein neues Verständnis von wirtschaftlichem Fortschritt, dessen Kern aus mehr demokratischer Teilhabe am Wirtschaftsleben besteht. Das Verhältnis von Planungsprozessen, marktwirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit, kollektiver Verantwortung in der Wirtschaft und die Möglichkeit zur Einmischung einerseits und der Wahrung von individueller und unternehmerischer Freiheit andererseits müssen beständig neu austariert werden. Neue Eigentums- und Partizipationsformen in Wirtschaft und Arbeitsform müssen entwickelt werden.

Eine Revitalisierung von Genossenschaftsmodellen und eine Stärkung der Mitarbeiterbeteiligung an den Geschäftsergebnissen erhöht die Verantwortung gegenüber dem Produktionsprozess: Transparente und partizipative Entscheidungsstrukturen erhöhen die Identifikation mit dem Unternehmen und können viele Formen der Betriebsblindheit, wie sie die Wirtschaftskrise aufgedeckt hat, verhindern helfen.

- Gerade im Aufschwung müssen wir einen neuen Anlauf zur Mitarbeiterbeteiligung am Produktivkapital wagen.
- Im Bereich der Unternehmensmitbestimmung muss ein gesetzlicher Mindestkatalog im Aufsichtsrat zustimmungsbedürftiger Geschäfte festgelegt werden.
- Betriebsratswahlen, Betriebsratsarbeit und die Arbeit der Gewerkschaften sichern. Die Behinderung der Arbeit von Interessensvertretern der ArbeitnehmerInnen ist weit verbreitet. Viele ArbeitnehmerInnen haben Angst, durch eine Tätigkeit als Interessenvertreter für ihre Kolleginnen und Kollegen Nachteile in Kauf nehmen zu müssen, entwürdigt oder mit Kündigung bedroht werden. Viele erleiden durch den Druck gesundheitliche Schäden oder sie lehnen so eine Arbeit für andere aus Sorge vor Repressalien ab. Hier besteht Handlungsbedarf!
- Eine Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten ist ein Ausdruck demokratischer Souveränität. Sie dient der Rückbindung wirtschaftlichen Handelns an Gemeinwohlinteressen. Die paritätische Mitbestimmung sollte bereits in Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten greifen. Die Umgehung der Mitbestimmung durch Rechtsformwahl oder Auslandsgesellschaften mit Verwaltungssitz in Deutschland muss beendet werden.

2. Neuer Fortschritt: Ein Programm für Gerechtigkeit.

Schon vor der Krise haben sich viele Menschen vom schnellen Wandel überfordert gefühlt. Es gibt den Wunsch nach Sicherheit, die aus dem Vertrauen in die eigene Kraft entsteht, aus der Gewissheit, sein Leben im Griff, die eigene Zukunft selbst in der Hand zu haben. Die Hoffnung auf Chancengleichheit und Gerechtigkeit standen hinter diesen Gedanken. Diese Hoffnung schwindet immer mehr. Der Staat vermag seine Aufgaben immer weniger zu bewältigen. Bewährte soziale Solidaritätsmechanismen werden als Standortdefizit im internationalen Wettbewerb denunziert.

Der Blick auf die Entwicklung der Einkommensverteilung in den letzten 20 Jahren zeigt: Einkommensungleichheit und Ungerechtigkeit wachsen. 250 Jahre Wirtschaftsgeschichte belegen, dass Märkte sozial blind sind. Der Sozialstaat kann dies verändern.

Einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge standen den unteren 50 Prozent der Haushalte im Jahr 1991 noch über 32,9 Prozent der gesamten Haushaltseinkommen zur Verfügung. In 2007 waren es nur noch 30,6 Prozent. Das Gewicht der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit hat deutlich von etwa 70 auf rund 62 Prozent in den westdeutschen und von 74 auf 58 Prozent in den ostdeutschen Bundesländern abgenommen. Diese Entwicklung korrespondiert mit dem Rückgang der Lohnquote auf einen historischen Tiefstand in Deutschland.

Gleichzeitig kam es zu einem Anstieg der Finanzvermögen mit der Konsequenz spekulativer Blasen und der Gefährdung unserer demokratischen Grundordnung. Gerade in Zeiten der Krise ist eine Politik der fairen Lastenverteilung, der sozialen Symmetrie sowohl für die ökonomische wie auch die demokratische Entwicklung entscheidend. Wer dies außer Acht lässt, zerstört den politischen und sozialen Konsens.

Die Sparmaßnahmen der Bundesregierung verschärfen den Trend der zunehmenden sozialen Spaltung und bedrohen den sozialen Frieden in unserem Land. Nicht die wenigen Verursacher der schlechten Haushaltslage, sondern die Mehrheit wird zur Verantwortung gezogen. Damit wird das Solidaritätsprinzips unserer Gesellschaft in ihr Gegenteil verkehrt.

In kaum einem anderen Land hängt die Zukunft so sehr von der Vergangenheit ab, in kaum einem Land wird so wenig Geld für Bildung ausgegeben wie in Deutschland. Zusätzlich 20 Mrd. Euro im Jahr sind nötig, damit wir bei unseren Bildungsaufgaben den OECD-Durchschnitt erreichen. Aufstieg durch Bildung ist ein Wunsch, keine Realität. Ein konservatives, begabungsorientiertes Menschenbild in Deutschland definiert Bildung als Zustand, nicht als Prozess. Zweite Chancen und Milieudurchlässigkeit werden blockiert. Bildungsschwächen bei Kindern bringen die größte Nachhilfe-Industrie in Europa hervor, Bildungsschwächen bei Erwachsenen die größte Schweigespirale und Tabuisierung.

Kinder und Jugendliche aus Arbeiter-, Einwanderer- und Nicht-Akademiker-Familien oder Personen auf dem zweiten oder dritten Bildungsweg haben eine deutlich schlechtere Chance auf einen höheren Bildungsabschluss und den Besuch einer Hochschule. Eliten und höhere Bildungsschichten rekrutieren sich nach wie vor vorwiegend aus sich selbst. Der Grund dafür liegt in der Unterfinanzierung der Bildung. Dieser Zustand ist für eine der reichsten Volkswirtschaften der Welt nicht hinnehmbar.

Nicht hinnehmbar ist auch der desolate finanzielle Zustand der Kommunen**.** Es gibt kaum Konsolidierungsspielraum auf der Ausgabenseite, die Schere zwischen den übertragenen Aufgaben und der finanziellen Ausstattung klafft immer weiter auseinander. Viele der kommunalen Aufgaben sind als gesetzliche Aufgaben vorgeschrieben und müssen demnach wahrgenommen werden.

Die Folge klammer Kommunen ist die Gefährdung der Öffentlichen Daseinsvorsorge. Viele Städte und Gemeinden sind bereits heute nicht mehr in der Lage, freiwillige Leistungen zu erbringen. Das Reduzieren dieser freiwilligen Leistungen darf aber kein Mittel der Hauhaltskonsolidierung sein. Aus Gründen der Gerechtigkeit und der Befähigung zur Teilhabe an der Gesellschaft muss man sich aber die Öffentliche Daseinsvorsorge leisten, da sie das Leben vor Ort qualitativ prägen und für soziale Gerechtigkeit sorgen. Bibliotheken, Schwimmbäder, Wasser, Strom, Mobilität, Bildung, Sport, Soziale Dienste, Schulspeisungen, Ganztagsbetreuung, Müll- und Abwasserentsorgung oder der ÖPNV sind gesellschaftliche Aufgaben.

Unsere Ziele:

Der Sozialstaat ist die wichtigste zivilisatorische Leistung des 20. Jahrhunderts. Er ist die Grundlage einer sozialen Demokratie. Für die meisten Deutschen ist Demokratie selbstverständlich Soziale Demokratie. Gerechtigkeit muss daran gemessen werden, wie es den Ärmsten im Land geht. Dieser Grundsatz gilt. Angesichts der sozialen Schieflage in unserem Land brauchen wir einen Kurswechsel. Soziale Politik heißt nicht nur Geld, nicht nur einzelne Güter und Dienste zu verteilen, sondern bedeutet, Lebenslagen mit ihren materiellen und immateriellen Werten zu sichern. Notwendig ist eine Stärkung des Solidarprinzips. Neuer Fortschritt bedeutet auch solidarische Gesellschaft.

Dafür brauchen wir sowohl einen vorsorgenden wie einen nachsorgenden Sozialstaat. Es geht um eine vorbeugende und gewährleistende Politik. Aus ungleichen Voraussetzungen müssen gute Zukunftschancen für alle werden. Der Lebensweg darf nicht gebunden sein an das Einkommen der Eltern, an Rasse, Religion, Geschlecht oder Herkunft. Dafür müssen die sozio-ökonomischen Grundlagen geschaffen werden.

In unserer Verfassung heißt es: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen." (Absatz 2 des Artikels 14 Grundgesetz). Während die Lohnquote seit über 15 Jahren fällt, steigen die Einkommen aus selbständiger Arbeit. Das hat Folgen für das Steueraufkommen, das hat Konsequenzen darauf, wie wir dem Verfassungsgrundsatz gerecht werden können.

- **Steuergerechtigkeit und solide Finanzen.** Sozialdemokraten haben in Deutschland den Weg zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt mit großem Erfolg begonnen und sind dabei weit vorangekommen. Erst die milliardenschweren staatlichen Rettungsprogramme für den Finanz- und Bankensektor haben diesen Weg gestoppt und zunichte gemacht.

  Die SPD tritt für eine nachhaltige Finanzpolitik ein, die künftigen Generationen keine stetig steigenden Zinszahlungen hinterlassen will. Deshalb bekennen wir uns ausdrücklich zur Begrenzung und Rückführung der staatlichen Neuverschuldung und zu der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse.

  Wir wollen eine ganzheitliche Finanzreform, die neben ökologischen Elementen auch soziale Auswirkungen mitdenkt, über die reine Steuerpolitik hinausgeht und auch einen umwelt- und sozialverträglichen Subventionsumbau vornimmt. Das ermöglicht durch Lenkungseffekte nicht nur eine hohe umweltpolitische Wirksamkeit, sondern auch staatliche Mehreinnahmen und die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz. Anders als die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Steigerung von Sozialversicherungsbeiträgen oder neue Sozialkürzungen minimiert sie negative Konjunktureffekte, führt nicht zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit und kann sozial ausgewogen gestaltet werden. Sie kann Innovationen anregen und zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Durch die rot-grüne Steuerreform von 1999 wurde der Anteil der Umweltsteuern am Gesamtsteueraufkommen erhöht. Inflationsbedingt sind die Einnahmen aus der Ökologischen Steuerreform jedoch wieder nahezu auf das Niveau von vor 1999 zurückgekehrt.

Bei nach wie vor rund 3 Millionen Arbeitslosen, unzähligen prekären Beschäftigungsverhältnissen und einer noch stark ausbaufähigen Ressourcen- und Energieeffizienz muss sozialdemokratische Politik Anreize geben, Rohstoffe und Energie effizienter einzusetzen und mehr Arbeit möglich zu machen.

Generell gilt: Staatliche Mehreinnahmen, der Abbau von – insbesondere ökologisch schädlichen – Subventionen, Umschichten im Bundeshaushalt und eine gerechtere Steuerpolitik sind deshalb vorrangig zur Reduzierung der Schuldenlast und für Investitionen einzusetzen, die die öffentlichen Haushalte langfristig entlasten. Dazu zählen: Die Zukunftsausgaben für Bildung, für die Investitionsförderung privater und öffentlicher Investitionen, für die Aufgaben der Gesundheitspolitik und der Pflege sowie für die finanzielle Besserstellung der Kommunen.

Eine gerechte Steuerpolitik muss durch Umverteilung der staatlichen Belastungen auch finanzielle Spielräume für eine spürbare Entlastung der mittleren und unteren Einkommensgruppen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eröffnen. Die Rücknahme der Steuergeschenke von CDU/CSU und FDP an Hoteliers, große Unternehmen und reiche Erben, ein höherer Spitzensteuersatz von bis zu 49 Prozent, der Umstieg vom Ehegattensplitting auf eine steuerliche Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine gerechtere Vermögens- und Kapitalbesteuerung wollen wir deshalb für eine Umverteilung in den staatlichen Belastungen zugunsten der Familien und der Einkommen zwischen 800 € und ca. 3.000 € nutzen.

Die Steuerbelastung in Deutschland im internationalen Vergleich ist unterdurchschnittlich, während die Sozialabgabenbelastung der Löhne weiterhin überdurchschnittlich ist. Die Steuerquote liegt hierzulande bei 22,9 Prozent, der Schnitt der EU-15 liegt bei 28,7 Prozent und bei den OECD-Staaten bei 26,7 Prozent. Die Steuerquote in Schweden beträgt 35,5 Prozent und selbst die Quote der USA ist mit 21,5 Prozent nur leicht geringer als die deutsche.

Unterdurchschnittlich sind in Deutschland vor allem die vermögensbezogenen Steuern, d.h. Grund-, Erbschaft-, Schenkung- und Vermögenssteuern. Deutschland ist im internationalen Vergleich ein Niedrigsteuerland für Wohlhabende. Die Vermögenssteuer ist seit 1997 abgeschafft. Die Erbschaftssteuer ist nahezu eine Bagatellsteuer, ihr Aufkommen rückläufig.

Vermögensbezogene Steuern erbringen in Deutschland nur ein Aufkommen von 0,9 Prozent des BIP – Tendenz sinkend. Im Vergleich dazu liegt der EU-Schnitt bei 2,1 Prozent, die vermögensbezogenen Steuern belaufen sich in den USA auf 3,1 und Großbritannien auf 4,6 Prozent. Wenn deutsche Vermögen im EU-Durchschnitt besteuert würden, könnte unser Staat Mehreinnahmen von 25 Mrd. jährlich erzielen. Allein durch die Rücknahme der schwarz-gelben Steuerbegünstigungen für Hoteliers, reiche Erben und große Unternehmen könnten jährlich Mehreinnahmen in Höhe von 5,6 Mrd. Euro erzielt werden.

Auch das Ehegattensplitting muss zeitgemäß reformiert werden. Dies ist zwingend notwendig, weil diese Form der Steuererhebung angesichts der Vielfalt von Lebensentwürfen fernab der klassischen Ein-Personen-Versorger-Ehe nicht mehr zeitgemäß ist. Überfällig ist eine Weiterentwicklung, durch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert wird. Gleichzeitig müssen Haushalte mit Kindern steuerlich bessergestellt werden. Denn nirgends ist der Lohnabstand von Normalarbeitnehmern zum Sozialhilfeniveau so klein wie bei Familien mit mehreren Kindern.

- **Der Sozialstaat muss erneuert werden.** Der Sozialstaat hat die Grundlagen für die soziale Demokratie in Deutschland geschaffen und dafür gesorgt, dass auch die Schwächsten Anteil am Fortschritt haben. Er hat nicht nur eine ökonomisch-soziale Bedeutung, er hat vor allem auch eine gesellschaftspolitische Funktion. Er ist Ausdruck eines realen Solidaritätsversprechens und Voraussetzung für soziale Befriedung und Akzeptanz unserer Demokratie. Und er ist auch ein Produktivitätsfaktor. Gesellschaften mit hohem sozialem Konsens sind leistungsfähiger, homogener und fairer. Die Menschen fühlen sich in ihnen wohler. Deshalb wollen wir den Sozialstaat erneuern und zukunftsfest machen.

  - **Die Finanzierung des Sozialstaats muss gesichert werden**. Das Solidarprinzip darf kein Lippenbekenntnis sein, sondern muss materiell für diejenigen, die darauf angewiesen sind, garantiert werden. Deshalb halten wir an der paritätischen Finanzierung unserer Sozialsysteme fest. Eine Abkehr davon ist nichts anderes als die Individualisierung von sozialen Risiken.

  - **Bürgerversicherung einführen**: Die Arbeitswelt ist in Bewegung und damit die sozialen Sicherungssysteme. Insbesondere die Zunahme an selbständiger Beschäftigung, viel davon im prekären bis mittleren Einkommensbereich, macht eine neue Art der sozialen Absicherung notwendig. Die Einnahmebasis der gesetzlichen Krankenversicherung wird immer schmaler und somit eine gute Versorgung für alle immer schwerer finanzierbar. Auch deshalb besteht hier akuter Handlungsbedarf.

    Die paritätische Finanzierung der Versorgung muss wieder hergestellt werden. Kopfpauschalen und Zusatzbeiträge lehnen wir ab. Arbeitgeber paritätisch zu beteiligen, ist sinnvoll und notwendig. Sie haben Verantwortung für humane Arbeitsplätze, gutes Arbeitsklima und die sinnvolle Verteilung von Arbeitsaufgaben und -lasten. Das ist nicht mehr sicher, wenn ihnen steigende Gesundheitsaufgaben egal sein dürften.

    Ziel der Bürgerversicherung ist es, eine gute medizinische Versorgung für alle zu gewährleisten. Die Bürgerversicherung ist eine Absage an die Zwei-Klassen-Medizin, die die Menschen erleben. Wer stattdessen mehr und mehr gesundheitliche Risiken privatisiert, wie die Bundesregierung, verschärft die soziale Spaltung im Gesundheitssystem und schafft eine Drei-Klassenmedizin.

Eine qualitativ hochwertige und für jeden bezahlbare Versorgung im Fall von Krankheit oder Pflege gehört zu den Kernversprechen des deutschen Sozialstaates. Tatsache ist jedoch, dass die medizinische und pflegerische Versorgung in Deutschland durch drastische Unterschiede zwischen gesetzlich versicherten Kassenpatienten und Privatpatienten geprägt ist. Diese real existierende „Zweiklassen-Medizin“ ist umso empörender, als die Kosten des deutschen Gesundheitswesens im Wesentlichen von den 90 Prozent der gesetzlich versicherten Kassenpatienten getragen werden. Ihre Alltagsrealität zeichnet sich aus durch folgende Erfahrungen:

- Sie zahlen mit 8,2 Prozent ihres Gehalts einen um 0,9 Prozent höheren Anteil als die Arbeitgeber. Dieser Beitrag wird durch die von CDU/CSU und FDP verordneten Kopfpauschalen („Zusatzbeiträge“) weiter steigen, ohne dass dadurch irgendein zusätzlicher Gewinn für ihre Versorgung entsteht.

- Sie werden bei der Terminvergabe gegenüber Privatpatienten oftmals benachteiligt und empfinden, dass Ärzte sich ihnen im Gegensatz zu Privatpatienten nicht ausreichend widmen. Leistungen werden mit dem Hinweis auf das ärztliche Budget verweigert und es werden unnötige Leistungen aufgedrängt, die direkt, zusätzlich und ohne Kassenerstattung bezahlt werden müssen.

- In der stationären Behandlung in Krankenhäusern müssen sich Kassenpatienten mit Mehrbettzimmern (bis zu vier Personen) zufriedenstellen, weil Krankenhäuser wegen der höheren Vergütung von privaten Krankenkassen Ein- und Zweibettzimmer freihalten. Immer häufiger fehlt es an qualifiziertem Pflegepersonal. Und eine Chefarztbehandlung ist für gesetzlich versicherte Kassenpatienten in der Regel nicht vorgesehen – obwohl diese Chefärzte vor allem von den Versicherungsbeiträgen der Kassenpatienten bezahlt werden.

- In manchen ländlichen Regionen und strukturschwachen Stadtvierteln finden gesetzlich Versicherte zu wenige Ärzte und vor allem Fachärzte. Dagegen sind reiche Regionen zunehmend überversorgt. Lange Anfahrtswege, überlastete Arztpraxen und Engpässe in der Versorgung sind die Folgen.

Insgesamt zeichnet sich das deutsche Gesundheitssystem zunehmend durch eine wachsende Bürokratie und durch eine abnehmende Patientenzentrierung aus.

Dies wollen wir ändern: Mit der Schaffung eines einheitlichen Versicherungssystems für alle werden einheitliche Qualitätsstandards für die medizinische und pflegerische Versorgung für alle Versicherten gleichermaßen geschaffen. Die unterschiedlichen Versicherungssysteme sind dann nicht mehr Grundlage einer qualitativ unterschiedlichen medizinischen Versorgung.

In der Versorgung verbessern wir insbesondere vier Bereiche:

- Wir schaffen die Gleichbehandlung im Wartezimmer und im Krankenhaus.
- Wir verbessern die hausärztliche Versorgung, damit die Menschen wohnortnah und gut medizinisch versorgt werden. Besonders auf dem Land und in strukturschwachen Stadtvierteln wollen wir die Situation der älteren Patienten und der Kinder verbessern.
- Wir wollen in Gesundheitsvorsorge investieren, besonders in Schulen und am Arbeitsplatz: Das beste Gesundheitssystem ist das, das Krankheiten verhindern hilft. Der Schlüssel dazu liegt in frühzeitiger Gesundheitsförderung und gesunde Ernährung sowie Bewegung für Kinder. Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und gesunde Arbeitsbedingungen sind unsere zentralen Ziele in einer Zeit, wo die körperlichen und psychischen Belastungen am Arbeitsplatz wieder zunehmen.
- Wir wollen faire Arzneimittelpreise! Es kann nicht sein, dass deutsche Versicherte ein Vielfaches für gleiche Medikamente zahlen, als in europäischen Nachbarstaaten.

In der Finanzierung schaffen wir ein gerechteres System, das alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einbezieht und die Lasten fairer verteilt. Dazu wollen wir:

- einkommensabhängige Krankenversicherungsbeiträge, die alle gerecht entsprechend ihrem Einkommen bezahlen. Die Zusatzbeiträge werden abgeschafft.
- paritätische Arbeitgeberbeiträge, damit die Arbeitgeber wieder gerecht beteiligt sind.
- Steuermittel für das Gesundheitssystem, um alle Einkommen unbürokratisch und sozial gerecht an der Finanzierung zu beteiligen. So werden auch die hohen Einkommen und Vermögen gerecht einbezogen.

In der Pflege wollen wir die Bürgerversicherung, um langfristig ein Altern in Würde zu ermöglichen. Wir wollen:

- weg von der Minutenpflege, hin zu Pflegeleistungen, die dem wirklichen Bedarf der Menschen entsprechen.
- mehr Personal, das bessere Arbeits- und Weiterentwicklungsbedingungen bekommt.
- einen Ausweg aus den schlechten Entlohnungsbedingungen und der Illegalität in der häuslichen Pflege. Wir wollen die Angehörigen unterstützen und ihnen nicht alleinig die Verantwortung aufdrängen, wie die Bundesfamilienministern das vorschlägt.

Wer wirklichen Fortschritt im Gesundheitssystem erreichen will, für den geht kein Weg an der Einführung der Bürgerversicherung vorbei. Gesundheitliche Risiken dürfen nicht weiter individualisiert werden, der medizinische Fortschritt muss ein Fortschritt für alle sein. Notwendige Behandlungen dürfen nicht am Geldmangel scheitern. Lebensrettende Behandlungen sind nicht verhandelbar.

Reformen im Bereich der Versorgung, der Vergütung und der Pflege, wie sie die Bundesregierung vorbereitet, bleiben daher pure Kosmetik: Denn sie ändern nichts an der Zwei-Klassen-Medizin. Wer eine schlechtere Behandlungsqualität bekommt, für den sind Zwei- statt Mehrbettzimmer nicht mehr als ein schlechtes Trostpflaster.
Nur ein einheitliches Krankenversicherungs- und Pflegesystem, das den Menschen zu jeder Zeit und an jedem Ort angemessene Versorgung unabhängig von ihrem Erwerbsstatus bietet, wird dem Anspruch nach sozialer Sicherheit in einer von vielfältigen Lebensmodellen geprägten, modernen Gesellschaft gerecht.

- **Kommunen als Träger der öffentlichen Daseinsvorsorge sind Garanten für Gerechtigkeit.** Ihre Finanzierung muss deshalb dauerhaft sicher gestellt werden. Das wissen auch die Menschen in unserem Land. Laut einer Forsa-Studie wissen die Bürgerinnen und Bürger nicht nur in Krisenzeiten Kontinuität und Qualität staatlicher Dienstleistungen zu schätzen. Sie wollen einen starken Staat und verlässliche Dienstleistungen. 80 Prozent halten eine starke öffentliche Verwaltung für unerlässlich.
  Wer einen starken Staat, verlässliche öffentliche Dienstleistungen und mehr Gerechtigkeit haben will, der muss die Kommunen stärken. Die Kommunen sind der zentrale Punkt, an dem Gemeinwohlorientierung vor allem wahrgenommen wird.

  Die Bürgerinnen und Bürger sind dabei auf unserer Seite: Laut einer forsa-Umfrage sind 69 Prozent der Menschen bereit, höhere Steuern zu zahlen, wenn der Staat diese Mittel für sinnvolle Maßnahmen einsetzt. Sinnvoll sind für die Bürger dabei vor allem die öffentlichen Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Erziehung, Sicherheit, Gesundheit und Pflege.
  Notwendig ist eine umgehende Neuordnung der Kommunalfinanzen. Die finanzielle Austrocknung der Städte und Gemeinden ist umso beklagenswerter, als die Lebensqualität der Menschen heute und in Zukunft in hohem Maße von den Leistungen der Kommunen abhängt. Hier, wo die Menschen wohnen und arbeiten, wo ihre Kinder den Kindergarten oder die Schule besuchen, wo sie in der Freizeit oder am Wochenende Erholung suchen, sich mit Freunden treffen, einkaufen, Sport treiben und ihren vielfältigen kulturellen Bedürfnissen nachgehen, ist das, was man unter öffentlicher „Daseinsvorsorge“ versteht, entscheidend. Es geht also um die Schaffung und Erhaltung eines Umfelds, das für das Zusammenleben der Bürger und ihr Wohlbefinden förderlich ist.

  Wir treten ein für vitale, leistungsstarke und demokratisch lebendige Städte und Gemeinden. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist, dass Städte und Gemeinden finanziell besser ausgestattet werden und auch in Zukunft über eigene Finanzquellen verfügen. Notwendig ist eine umgehende Neuordnung der Kommunalfinanzen, bei der die Kommunen die durch Bundes- und Landesgesetzgebung übertragenen Aufgaben durch eine faire Finanzierungsgrundlage auch tatsächlich bewältigen können, ohne ihre eigenen Selbstverwaltungsaufgaben immer weiter einschränken zu müssen. So muss der Bund die Kosten der Grundsicherung im Alter übernehmen. Die Beibehaltung und Weiterentwicklung der Gewerbesteuer ist von zentraler Bedeutung. Die Erhebung einer kommunalen Einkommenssteuer lehnen wir ab. Sie führt zu einem unfairen Wettbewerb zwischen städtischen Ballungsgebieten und ländlichen Gemeinden, zu Steuerdumping und zur Benachteiligung von ohnehin finanziell schwachen Kommunen.

- **Bildung und Erziehung zu Kompetenz und Orientierung**. Bildung ist die große soziale Frage unserer Zeit. Das bisherige Handeln entspricht nicht der Größe dieser Aufgabe. In Deutschland wird wenig und oft das falsche getan. Das hat erhebliche soziale, aber auch volkswirtschaftliche Folgen. Laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung könnten sich die Folgekosten der unzureichenden Bildungspolitik für Deutschland über die nächsten 80 Jahre auf mehr als 2,8 Billionen Euro summieren.

  Der Staat hat dafür zu sorgen, dass alle den gleichen Zugang zu Bildung haben, unabhängig von ihrer Herkunft. Jeder Mensch hat das Recht auf gute und individuelle Förderung von Krippe und Kindergarten bis zur Hochschule – und zwar kostenlos. Die Ergebnisse der PISA- und IGLU-Studien haben verdeutlicht, dass das deutsche Bildungssystem durch ein hohes Maß an sozialer Selektion gekennzeichnet ist. Insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund oder aus armen Familien haben schlechtere Chancen, eine weiterführende Schule zu besuchen. In keinem anderen Land gibt es einen so deutlichen Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und dem Bildungserfolg der Kinder. Das ist nach mehr als 40 Jahren der bildungspolitischen Reformdebatte in Deutschland auch für Sozialdemokraten ein bitteres Resultat.

  Angesichts der Tatsache, dass rund 50 Prozent der benachteiligten Kinder und Jugendlichen aus ca. 10 Prozent der deutschen Schulen stammt, steht für die SPD in den kommenden Jahren die konkrete Verbesserung der Bedingungen in der vorschulischen Erziehung (Kindertagesstätten) und in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen.

  Es gilt, mit einem nationalen Bildungspakt die gemeinsamen Ziele zu stärken und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ein leistungsfähiges, sozial gerechtes Bildungswesen wieder herzustellen:
  - Die Finanzierung unseres Bildungssystems muss auf eine neue, haushaltsunabhängige Basis gestellt werden. Nach OECD-Studien ist das deutsche Bildungssystem mit rund 20 Milliarden € unter dem Durchschnitt aller Industrienationen finanziert. Der Bund muss den Ländern deshalb schrittweise in den kommenden Jahren mindestens 10 Milliarden € pro Jahr zusätzlich für ihre für den Ausbau der Kindertagesstätten und der Ganztagsschulen zur Verfügung stellen. Um diese jährliche Steigerung der Bildungsausgaben des Bundes für die Länder um zwei Milliarden € in den kommenden fünf Jahren zu bewältigen, darf der Schwerpunkt der Förderung in Zukunft nicht mehr in der Steigerung von Transferzahlungen liegen, sondern im Ausbau der Bildungsinfrastruktur.
  - Wir wollen die Finanzmittel des Bundes für Bildung in einem Sondervermögen einrichten, das nicht der Beliebigkeit des Haushalts unterliegt. Die Mittel verbleiben im Sondervermögen, auch wenn sie im Haushaltsvollzug nicht komplett abfließen. Durch das Sondervermögen werden die Höhe und die Verwendung der Mittel im Bildungsbereich mittelfristig planungssicher festgelegt.

- Dieses Sondervermögen soll so konstruiert sein, dass daraus ein nationaler Bildungspakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden möglich wird. Es ist weder notwendig noch sinnvoll, diese Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen von einer Änderung des Kooperationsverbotes im Grundgesetz abhängig zu machen. Die konkreten Entscheidungen über die notwendigen bildungspolitischen Förderangebote müssen auch in Zukunft vor Ort getroffen werden. Es ist in diesem Zusammenhang falsch, davon auszugehen, dass eine Zentralisierung der Bildungspolitik auf Bundesebene der richtige Weg zur qualitativen Verbesserung des deutschen Bildungswesens sei. Im Gegenteil: Bildungs- und Integrationsaufgaben sind regionale Aufgaben, deren Bewältigung durch eine ausreichende Finanzausstattung durch Bund und Länder ermöglicht werden muss.
- Wir wollen mehr Bafög statt Eliten-Stipendien. Wir sind dafür, das nationale Stipendienprogramm aufzugeben und die dafür vorgesehenen Mittel in den Ausbau des BAföGs zu investieren. Das Programm zementiert die soziale Auslese in der Hochschulbildung, da meistens Studierende aus bildungsnahen Familien die verlangten Leistungen bringen. Darüber hinaus werden nur Studiengänge, die aus Sicht der privaten Geldgeber lohnend erscheinen, gefördert. Da die Stipendien an die Hochschulen gebunden sind, entstehen für die geförderten Studenten Hürden beim Studienfach- oder Studienplatzwechsel. Das Stipendienprogramm bedeutet vor allem für die Hochschulen einen enormen Verwaltungsaufwand.
- Wir brauchen das Recht auf einen Schulabschluss und ein Recht auf Ausbildung. 70.000 junge Menschen verlassen Jahr für Jahr unsere Schulen ohne Abschluss und in der Regel damit auch ohne Chance auf einen späteren Ausbildungsabschluss. 1,5 Mio. junge Menschen zwischen 20 und 30 und geschätzte 5,5 Mio. Erwerbsfähige ohne abgeschlossene Berufsausbildung insgesamt sind eine menschliche Tragödie und verschenkter gesellschaftlicher Reichtum zugleich.

- **Für eine Politik der Integration.** Wir brauchen eine integrationspolitische Generalreform. Die Politik versagt leider gleich doppelt: Sie schafft keine Anreize für qualifizierte Zuwanderer und sie hat kein Rezept für bereits ansässige Migranten. Das macht sich besonders in den Arbeitslosenstatistiken bemerkbar. Derzeit sind in Deutschland fast 3 Millionen Langzeitarbeitslose gemeldet, davon sind fast 500.000 Ausländer bzw. Deutsche ohne deutschen Pass. Die Politik muss für konkrete Einbürgerungsperspektiven und Chancen sorgen. Wir brauchen eine Willkommenskultur. Wenn die Menschen sich zuhause fühlen, wo sie längst zuhause sind, werden sie sich auch stärker an die gemeinsamen Regeln halten.
  Was für den öffentlichen Dienst im Allgemeinen gilt, gilt für die Schulen umso mehr: Wir brauchen mehr Lehrer mit Migrationshintergrund. Solche Lehrkräfte werden von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte als Vorbilder wahrgenommen. Sie können die Mehrsprachigkeit fördern und dabei helfen, dass Kinder von Einwanderern ein Interesse für unsere Kultur entwickeln.

Das Migrationsbundesamt und eine Umfrage unter den Bundesländern hat die Mär vom integrationsunwilligen Ausländer widerlegt. Die Zahl der Integrationsverweigerer liegt nicht bei 10 bis 15 Prozent, wie vom Bundesinnenminister behauptet, sondern bei höchstens einem bis eineinhalb Prozent, in manchen Regionen liegt sie sogar im Promillebereich. Die Vorwürfe der Bundesregierung können faktisch nicht belegt werden. Ganz im Gegenteil: Derzeit warten 10.000 Freiwillige auf einen Integrationskurs, der nicht zur Verfügung steht, weil das Geld fehlt.

Das Fehlen von Voraussetzungen zum Schulbesuch ist eine soziale und bildungspolitische Barriere. Der Kita-Besuch darf sich nicht von der ethnischen Herkunft abhängen. Wer Befähigungs- und Chancengerechtigkeit will, darf aus Unterschieden weder Schicksal noch Bürde machen.

Wenn 738.000 Menschen aus unserem Land wegziehen und rund 682.000 Menschen zu uns kommen, können wir zwei Dinge feststellen: Wir bieten nicht ausreichend Möglichkeiten, um die dringend benötigten Fachkräfte dauerhaft zu binden. Wir sind dennoch attraktiv genug für Menschen aus dem Ausland und ein Zuwanderungsland. Nur machen wir davon keinen Gebrauch. Rund 300.000 Migrantinnen und Migranten arbeiten in Deutschland unter ihrer Qualifikation, weil ihre Abschlüsse und Zertifikate nicht anerkannt werden. Ärzte, Physiker und Ingenieure aus Südamerika, Iran und Ägypten dürfen bei uns nicht in ihrem Beruf arbeiten, obwohl hier Mangel herrscht.

Überfällig ist die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft und die Einführung von Wahlrechten für Ausländer, die sich dauerhaft in Deutschland niedergelassen haben.

3. Neuer Fortschritt: Ein Programm für gute Arbeit und guten Lohn.

Arbeit ist die Grundlage für Wohlstand, aber auch für Teilhabe und Selbstbestimmung. Die Grundlagen der Arbeitsgesellschaft müssen erneuert werden. Wer darüber nicht sprechen will, sollte über die soziale Demokratie schweigen. Wir brauchen ein neues Fortschrittsmodell, das mehr und bessere Arbeit schafft.

Trotz des Aufschwungs ist der deutsche Arbeitsmarkt gespalten. In Deutschland gibt es mittlerweile 10 Millionen atypische Beschäftigungsverhältnisse. In Teilzeit befinden sich 4,9 Mio. Beschäftigte, in befristeten Arbeitsverträgen 2,7 Mio. Beschäftigte, in Minijobs 2,6 Mio. Beschäftigte und in Zeitarbeit 900.000 Beschäftigte. Mehr als jede zweite Neueinstellung ist befristet. Viele Wege halten nicht, was sie versprochen haben. Weniger als 10 Prozent davon dienen tatsächlich als Brücke in sozialversicherungspflichtige Anstellungen.

Es ist eben nicht alles sozial, was Arbeit schafft, sondern was Arbeit schafft, von der man leben kann. Jährlich gibt der Staat 11 Mrd. Euro für die Aufstockung von Löhnen und Gehältern aus, die nicht zum Leben reichen. Billiglöhne werden nicht bekämpft, sondern staatlich gestützt und subventioniert.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit arbeiten in Deutschland über 4 Millionen vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor. Arbeiteten vor zehn Jahren noch 16,6 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland für Niedriglohn, waren es 2009 bereits 20,2 Prozent. In Ostdeutschland steigt die Quote sogar von 17,9 Prozent auf 21,3 Prozent.

Und die im Dunkeln sieht man nicht: Es gibt noch immer 1,3 Millionen verdeckte Arbeitslose, die von der gängigen Arbeitsmarktstatistik nicht als arbeitslos erfasst werden. Hierzu gehören Ein-Euro-Jobber, Beschäftigte in Kurzarbeit, Teilnehmer in geförderten Qualifizierungsmaßnahmen oder Personen im vorzeitigen Ruhestand. Es sind weitere Anstrengungen nötig, um diese Menschen in Beschäftigung und ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Einmal Leiharbeit heißt allzu häufig: immer Leiharbeit. Leiharbeit sollte eine Brückenfunktion haben und Auftragsspitzen in den Unternehmen abfedern. Stattdessen wächst die Leiharbeit jenseits der Produktionsspitzen. 7 Prozent der Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmerinnen werden von den Leihfirmen in ein unbefristetes Vertragsverhältnis übernommen. Und die Leiharbeit nimmt zu, sie befindet sich heute sogar wieder auf einem höheren Beschäftigungsniveau als vor der Wirtschaftskrise, jede dritte neu geschaffene Stelle entfällt auf die Zeitarbeit. Leiharbeit wird nicht benutzt, um Produktionsspitzen abzufedern, sondern um geltende Tarifverträge auszuhöhlen und Beschäftigte zu disziplinieren. Leih- und Zeitarbeit bringt weniger Lohn und weniger Rechte mit sich und führt zur Spaltung der Betriebe in Leih- und Stammarbeiternehmerschaften.

Deutschland gehen die Fachkräfte aus. Bis zum Jahre 2020 scheiden 75 Prozent mehr Menschen aus dem Arbeitsmarkt aus, als nachwachsen. In den nächsten Jahrzehnten werden mehr qualifizierte Arbeitskräfte rentenbedingt das Beschäftigungssystem verlassen als junge Nachwuchskräfte vorhanden sind. Allein zwischen 2010 und 2025 verliert Deutschland 3,6 Mio. potentielle Erwerbstätige. Von 2010 auf 2050 geht das Erwerbspersonenpotential in Deutschland von 44,7 Mio. auf 32,4 Mio. um fast 30 Prozent zurück. Während die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte schrumpft, steigt der Arbeitskräftebedarf. Nach Meinung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) werden in den kommenden 15 Jahren allein annähernd vier Millionen Hochschulabsolventen benötigt.

Wenn man den Bedarf allein durch Zuwanderung decken wollte, müssten nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung schon bald 500.000 Menschen jährlich zu uns kommen. Bislang profitiert das Beschäftigungssystem Deutschlands heute noch in einem hohen Maße von den 60er und 70er Jahren. In diesen Jahrzehnten wurden ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und zugleich ein vorbildliches System der beruflichen Ausbildung etabliert. Beides ermutigte zur Familienbildung und das System honorierte und bestätigte die Leistungsorientierung breiter Arbeitnehmermilieus. Das ist heute nicht mehr so.

Gleichzeitig verfestigt sich die Ausgrenzung von gering Qualifizierten. Laut IZA (Institut Zukunft der Arbeit) verringert sich der Anteil an Beschäftigten ohne Berufsabschluss im Beschäftigungssystem der Bundesrepublik von 2010 auf 2020 um 25 Prozent von 12 Prozent aller Arbeitsplätze auf 9 Prozent, während der Anteil der Beschäftigten mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluss um fast 30 Prozent von 18,3 Prozent auf 23,6 Prozent zunimmt. Damit verschlechtern sich die Teilhabechancen für Menschen ohne Berufsabschluss weiter.

Wir haben es in der Hand. Die Frage ist: Riskiert Deutschland wachsende Ungleichheit und Ausgrenzung in Gesellschaft und Beschäftigungssystem oder entschließt sich die Bundesrepublik den Weg einer konsequenten Integration und Teilhabe zu gehen? Wir sagen: Ein ausgeglichener Arbeitsmarkt ist möglich, höhere Beschäftigungsquoten sind erreichbar. Arbeitslosigkeit kann aber nur dann effektiv bekämpft werden, wenn eine aktive, Arbeitsmarktpolitik mit einer konjunkturorientierten Wirtschafts- und Wachstumspolitik und weiteren Maßnahmen in anderen politischen Bereichen wie der Integrations-, Innovations- oder Bildungspolitik verzahnt wird. Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss auch als solche verstanden und umgesetzt werden. Dafür müssen alle Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft konsequent zusammenarbeiten.

Wir brauchen eine neue Debatte um die Humanisierung des Arbeitslebens. In den vergangenen Jahren hat die Leistungsverdichtung in den Unternehmen stark zugenommen. Internalisierte Zwänge des Marktes, effizienzsteigernde Kontrollsysteme und kennzifferngestützte Managementstrategien führen in allen Wirtschaftsbereichen zu einem erhöhten Druck, anfallende Arbeiten in kürzeren Zeiträumen zu bewältigen. Durch diese Beschleunigung der Arbeit steigen nicht nur die psychischen Arbeitsbelastungen, es fehlen auch wichtige Spielräume für berufsbezogene Kommunikation und Erfahrungsaustausch unter Kollegen. Die atemlose Fabrik ist nicht der Ort für kreative Ideen, Planspiele, Innovationsimpulse. Beschleunigung um jeden Preis bewirkt Demokratie- und Rationalitätsverluste und kann dem Fortschritt im Weg stehen.

Unsere Ziele:

Wir müssen Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wieder herstellen. Mit der richtigen Arbeitsmarktpolitik können wir einen Beitrag zum Abbau der sozialen Spaltung in unserem Land leisten. Wir brauchen einen Mentalitätswandel. In Deutschland hat sich die Sichtweise herausgebildet, dass Arbeitslosigkeit im Kern das Ergebnis mangelnder Arbeitslust und fehlender Qualifikationen von Arbeitslosen ist. Richtig ist: Die allermeisten Arbeitslosen wollen arbeiten und leiden darunter, nicht mehr gebraucht zu werden.

Die Sicherung von bestehenden Arbeitsverhältnissen war das Gebot der Stunde in der Krise. Erfolgreich eingeführte Mechanismen wie die Kurzarbeiterregelung müssen beibehalten, weiterentwickelt und ergänzt werden. In Zukunft muss jedoch das Prinzip der Prävention von Arbeitslosigkeit im Vordergrund stehen.

Notwendig ist eine investive Arbeitsmarktpolitik. Wer heute nicht in die Qualifikationen investiert, wird morgen nicht ernten. Qualifizierung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Arbeit ist die zentrale Produktivkraft im Produktionsprozess. Wir müssen alle Potenziale nutzen. Ohne Fachkräfte keine wettbewerbsfähigen Produkte und Dienstleistungen.

Gerade angesichts des demographischen Wandels müssen alle Qualifikationsreserven mobilisiert werden.
Eine neue Arbeitsmarktpolitik muss sich an folgenden Leitlinien orientieren:

- Arbeitslosigkeit kann nur durch ein Zusammenspiel von aktiver Wirtschaftspolitik mit Instrumenten der Beschäftigungspolitik, wie vor allem der Arbeitsmarkt-, Tarif-, Innovations- und Bildungspolitik verringert werden.

- Arbeitsmarktpolitik muss einen aktiven Beitrag beim Abbau der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft leisten und soziale Mindeststandards etablieren.
- Zwischen Fordern und Fördern muss wieder die richtige Balance hergestellt werden. Die Arbeitslosigkeit von Langzeitarbeitslosen lässt sich nicht durch verschärfte Zumutbarkeitsregelungen und Sanktionen abbauen. Der Schlüssel zur Arbeitsmarkteingliederung liegt in der Aktivierung und individuellen Förderung der Betroffenen.
- Arbeitsmarktpolitik muss vorrangig auf den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet sein. Die Beschäftigungs- und Erwerbsfähigkeit kann nur verbessert werden, wenn man sich an den Anforderungen des regulären Arbeitsmarktes orientiert.
- Eine gute soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit, die die erreichte Qualifikations- und Einkommensposition berücksichtigt und soziale Stabilität gewährleistet, ist kein Hindernis für eine Reintegration in Arbeit.
- Die anhaltende Orientierung der Erwerbstätigkeit von Frauen auf ein Segment von (geringfügiger) Teilzeitarbeit und auf die Rolle eines Zuverdienstes widerspricht nicht nur dem Ziel der Gleichstellung, sondern auch den arbeitsmarktpolitischen und demographischen Herausforderungen.

- **Wir brauchen ein Programm für Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.** Deutschland ist eine der flexibelsten Volkswirtschaften der Welt. Der Grund dafür liegt, wie die Krisenbewältigung gezeigt hat, auch an unseren differenzierten und atmenden Arbeitszeitsystemen. Viel zu oft wurde in den vergangenen Jahren jedoch mehr Flexibilität für die Unternehmen mit zu wenig Sicherheit für die Beschäftigten erkauft. Eine neue Arbeitsmarktpolitik muss sich an klaren Grundsätzen orientierten:
  - Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn. Wer viel leistet, muss auch etwas zurückbekommen. Sowohl der Aufwand bei der Arbeitssuche als auch bei der Ausübung einer Tätigkeit muss sich lohnen. Die richtigen Anreize führen zu den richtigen Resultaten. Hohe Löhne sind außerdem eine der zentralen Nachfragequellen in einer entwickelten Volkswirtschaft. Die positiven Wachstumsprognosen des Herbstgutachtens beruhen auf der Annahme einer Lohnsteigerung von 2,8 Prozent. Ein Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro würde außerdem zu ca. 5 Mrd. Mehreinnahmen durch Steuern und Abgaben sowie geringeren Ausgaben für Aufstocker sorgen.
    Das Lohnabstandsgebot kann gewahrt bleiben. Das hat aber nicht durch die Senkung der Sozialleistungen zu geschehen, sondern durch eine angemessene Bezahlung, die sich an den Produktivitätsentwicklungen orientiert.
  - Leih- und Zeitarbeit ist dann sinnvoll, wenn sie kurzfristige Auftragsschwankungen abfedert oder die Auftragslage noch zu unsicher erscheint, um neue reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu generieren. Es darf aber nicht zum Missbrauch von Leiharbeit kommen.
  - Leiharbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer müssen die gleichen Rechte und die gleiche Bezahlung genießen wir ihre Kollegen aus den Stammbelegschaften. Unsichere Arbeit und schlechte Bezahlung entziehen den Menschen eine Planungssicherheit bei Entscheidungen über Familienbildung oder Eigenheimerwerb, verstärken so den demographischen Wandel und verhindern die wirtschaftlich nötigen Konsumimpulse.

    Nicht zuletzt im Hinblick auf die anstehende vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Mai 2011 bedarf es der Einführung einer

Lohnuntergrenze in der Leih- und Zeitarbeit durch Aufnahme einer entsprechenden Regelung im Arbeitnehmerentsendegesetz oder im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, um Wettbewerbsverzerrungen und Lohndruck nach unten zu verhindern. Und spätestens nach einer kurzen Einarbeitungszeit muss der Grundsatz „Gleiches Geld für Gleiche Arbeit“ ohne Ausnahme gelten. Der Tarifabschluss in der nordwestdeutschen Stahlindustrie ist in dieser Hinsicht wegweisend. Die Behandlung von Leiharbeitern muss künftig immer Gegenstand von Tarifverhandlungen sein.

Auch die gesetzliche Obergrenze für Zeitarbeit (Leiharbeitsquoten) ist zu prüfen. Die Einführung einer Zertifizierungsstelle und die Vergabe von Qualitätssiegeln würden die notwendige Transparenz und Rechenschaftspflicht bewirken und den Missbrauch der Leih- und Zeitarbeit eindämmen.

- Tarifeinheit wiederherstellen: Das Bundesarbeitsgericht hat im Sommer den seit Jahrzehnten geltenden Grundsatz der Tarifeinheit gekippt und damit konkurrierende Tarifverträge in einem Betrieb für rechtens erklärt. Wir aber wollen am Prinzip „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ festhalten. Den gemeinsamen Vorschlag von Gewerkschaften und Arbeitgebern für eine Gesetzes-Initiative unterstützen wir.
  Unsere Sorge gilt vor allem Ostdeutschland. 1996 galt noch für 56 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ostdeutschland ein branchenweiter Tarifvertrag. 2009 waren es nur noch 38 Prozent. In Zeiten des Arbeitskräfteüberangebots haben manche ostdeutschen Länder ihr ganzes Geschäftsmodell auf Niedriglöhne aufgebaut.
  Angesichts des drohenden Fachkräftemangels muss der Flächentarifvertrag gestärkt werden. Das Bekenntnis zur Tarifbindung muss zu einem Qualitätsmerkmal und Wettbewerbsvorteil werden. Wenn dies nicht ausreicht und ganze Branchen oder Regionen zu tarifvertragsfreien Zonen zu werden drohen, braucht es vereinfachte Möglichkeiten, um Tarifverträge allgemeinverbindlich werden zu lassen.

- Reform der Mini- und Midi-jobs: Es gibt mittlerweile ganze Branchen, deren Geschäftsmodell auf geringfügigen Beschäftigungen aufbauen. Stellen, die zum einen sozialversicherungspflichtig sind und zum anderen für die Sicherung der Lebenserhaltung ausreichen, werden vergeblich gesucht. Durch diesen massenhaften Missbrauch werden reguläre Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigungen verdrängt, das Armutsrisiko von geringfügig Beschäftigten steigt stetig, die öffentlichen Kassen werden durch Aufstockungsleistungen belastet und das Modell der Ehefrau als Zuverdienerin hat sich ohnehin überlebt. Eine Erhöhung der Geringfügigkeitsgrenze würde diese Trends nur noch verstärken. Gefordert sind stattdessen folgende Maßnahmen:
-

  Wiederherstellung der ursprünglich angelegten Höchstarbeitszeit von 15 Stunden pro Woche. Nur so kann der Abwärtsspirale der Löhne durch die grenzenlose Ausweitung der Arbeitszeit bei geringfügig Beschäftigten ein Riegel vorgeschoben werden.
  Equal pay, Equal rights. Diese Prinzipien gelten nicht nur für die Neuregelung der Leih- und Zeitarbeit, sondern auch für die geringfügige Beschäftigung, um

gespaltene Belegschaften zu verhindern. Arbeitsrechtliche Standards wie der Kündigungsschutz und die Mitbestimmung oder Urlaubs- und Krankengeldzahlungen müssen für alle Beschäftigten gelten.

- **Wir brauchen ein Aktionsprogramm Fachkräftesicherung.** Der absehbare Mangel an Fachkräften ist eine der großen Herausforderungen für die Bildungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Dem schnellen Ruf nach weiterer Zuwanderung von Arbeitskräften dürfen wir so lange nicht folgen, wie die Potentiale in unserer eigenen Gesellschaft ungenutzt bleiben. Eine weiter erleichterte Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte ist so lange unverantwortlich, wie:

    - 70.000 Jugendliche jedes Jahr unsere Schulen ohne ausreichende Fähigkeit zum Erlernen einer qualifizierten Berufsausbildung verlassen;
    - rund 40 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund keine Berufsausbildung absolvieren;
    - nur 25 Prozent der deutschen Betriebe betriebliche Ausbildungsplätze anbieten;
    - Frauen mit Kinder aufgrund fehlender Betreuungsangebote und familienfeindlicher Arbeitszeitmodelle in die Arbeitslosigkeit gezwungen werden;
    - die Zahl älterer Arbeitsloser mit guter Qualifikation zunimmt;
    - ausländische Absolventen unserer Hochschulen, die nicht aus der EU stammen, nach erfolgreichem Studium keine unbefristete Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung erhalten.

  Die Aktivierung dieser ungenutzter Potentiale und Ressourcen des Arbeitsmarktes sind Aufgaben der Zukunft. Um sie erfolgreich zu bewältigen, muss Arbeitsmarktpolitik stärker investiv ausgerichtet sein. Nur so können zwei zentrale Ziele der Arbeitsmarktpolitik gleichzeitig erreicht werden: Verringerung der Arbeitslosigkeit und Versorgung der Unternehmen mit Fachkräften. Das setzt voraus, dass das faktische Auswahldiktat aus dem bisher gewohnten Angebotsüberhang an Arbeitskräften nun einer Kultur der Integration auf dem Arbeitsmarkt weicht. Gelingt es, den Prozess zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt zu verbessern, könnte aus dem Risiko der demographischen Falle das Positivszenario der demographischen Chance und aus Fachkräftebedarf kein Fachkräftemangel werden.

    - In allen Bundesländern müssen allgemeinbildende Schulen verbindliche Berufsorientierungskonzepte in guter Qualität anbieten. Die Berufs- und Studienorientierung muss stärker auf die Arbeitswelt ausgerichtet werden.
    - Wir schlagen den Aufbau eines vorausschauenden Chancenindex' für Ausbildungsberufe in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und den Kammern vor. Darin sollen die relevanten Kenngrößen für berufliche Entwicklungsmöglichkeiten einfließen.
    - Die duale Berufsausbildung ist als ein Qualitätsmaßstab der deutschen Wirtschaft zu erhalten und zu stärken. Es gibt immer noch zu viele ausbildungsfähige Unternehmen, die sich nicht an der Ausbildung beteiligen.

- Recht auf Ausbildung für alle! Auch schwächere Schülerinnen und Schüler sollen eine Chance auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten. Für alle, die älter sind als 20 Jahre und weder Berufsabschluss noch Abitur haben brauchen wir eine Ausbildungsgarantie. Sie sollen eine Chance in außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten bekommen. 1,5 Millionen junge Erwachsene ohne Berufsausbildung sind nicht nur zu viele junge Menschen ohne echte Zukunftschancen, sie sind auch verschenktes Fachkräftepotenzial.
- Die Weiterbildungsquote der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss erhöht werden. Sich ändernde Rahmenbedingungen verlangen modularisierte und individuelle Bildungsgänge. Spezifische und auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer zugeschnittene Lernformen sowie auf die regionalen Besonderheiten abgestimmte Angebote sind zu entwickeln und in den Bundesländern anzubieten.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranbringen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft kann durch familienfreundliche Arbeitsplätze gesteigert werden. Kooperative Personalpolitik ist eine Chance für Unternehmen und für Arbeitnehmer. Wir fordern deshalb mehr Öffentlichkeit für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ein stärkerer Druck auf die Unternehmen, Müttern und Vätern Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten.

- **Wir wollen Arbeit und Leben besser verbinden.** Arbeiten und Leben – diese Verbindung ist ein ursozialdemokratisches Thema. In den 60er Jahren hieß die Kampagne: „Samstags gehört Vati mir!“. Fabrikarbeiter empfanden es als Befreiung und Bereicherung ihres Lebens, am Samstag mit der Familie einkaufen oder mit den Kindern auf den Sportplatz zu gehen. Die Fünf-Tage-Woche – von Gewerkschaften und Sozialdemokratie erkämpft – war ein wichtiger Fortschritt für ganze Generationen in unserem Land.

  Auch heute ist die Sozialdemokratie gefordert, neue Verbindungen von Arbeit und Leben, Beruf und Familie zu entwickeln. Im Alter zwischen Ende 20 und Ende 40 sollen die Menschen alles schaffen: beruflich viel leisten und Karriere machen, eine Familie gründen, Kinder bekommen und sie partnerschaftlich erziehen, etwas zurücklegen für das Alter. Oft kommt auch noch die Pflege der eigenen Eltern hinzu - alles zugleich und alles unter hohem Druck. Wir brauchen Angebote, diese „rush hour“ des Lebens zu entschleunigen!

  Arbeitszeitkonten für gute Auftragslagen und zur Abfederung von Flauten sind in vielen Firmen längst Praxis. Sie haben in der Krise tausende Arbeitsplätze gerettet. Aber Arbeitszeitkonten könnten auch helfen, unterschiedliche Lebensphasen besser zu gestalten und das Tempo der „rush hour“ zu begrenzen. Wir brauchen deshalb Arbeitszeitmodelle, bei denen Arbeitszeitkonten auch dazu genutzt werden können, Familienphasen im Erwerbsleben so zu begleiten, dass geringere Arbeitszeiten ohne Einkommensverlust zu einem späteren Zeitpunkt wieder „eingearbeitet“ werden können. So schwierig die Durchsetzung einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung ist, so sinnvoll ist die Einführung kurzer Vollzeit in Familiengründungsphasen. Im Privatsektor gibt es inzwischen viele Personalchefs, die nach neuen Lebensarbeitsmodellen suchen, weil sie sonst ihre qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mehr halten können.

Unser Ziel ist klar: Väter und Mütter sollen künftig so arbeiten können, dass Familienarbeit und Berufstätigkeit partnerschaftlich vereinbar sind. Nicht zuletzt muss das Prinzip Partnerschaft auch die Benachteiligung von Frauen bei den Löhnen und den Renten beheben, wenn beide annähernd gleich lange arbeiten und auch gleiche Chancen auf Karriere haben.

Eine partnerschaftliche Rollenverteilung in der Familie würde die ganze Gesellschaft kulturell prägen: vor allem für mehr gegenseitiges Verständnis und Solidarität.

Deshalb: Unser Ziel „Gute Arbeit" muss in Zukunft auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter und Mütter einschließen! Sozialdemokratische Politik will Bedingungen dafür schaffen, dass Menschen ein gutes, ein gelungenes, ein solidarisches Leben führen können. Arbeiten und Leben gehören dabei zusammen.

4. Neuer Fortschritt: Ein Programm für Nachhaltigkeit.

Nachhaltigkeit wird zur Grundvoraussetzung unserer Zukunft und unseres Zusammenlebens. Wir stehen vor der Herausforderung, Wohlstand mit der Leistungsfähigkeit unseres Planeten in Einklang zu bringen.

Das wird in Zukunft nicht einfacher, da bis 2050 die Zahl der Menschen auf der Erde 9 Mrd. betragen wird. Bis 2020 werden über 4 Mrd. Menschen in Industriegesellschaften leben. Diese vielen Menschen wollen, was wir schon haben: Wohlstand. Und zum Wohlstand gehört immer auch Wachstum – in Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien sind bereits zweistellige Wachstumsraten des BIP pro Kopf zu beobachten.

Wo Wachstum stattfindet, wird auch Energie gebraucht, gleichzeitig werden die fossilen Energieträger rarer und teurer. Schätzungen zufolge könnte z.B. der Ölpreis in den nächsten Jahren auf 200 USD pro Barrel steigen.

Nach Schätzungen der Internationalen Energie-Agentur wird der weltweite jährliche Energieverbrauchs in den nächsten 20 Jahren um 50 Prozent im Vergleich zu heute steigen. Würde diese Energie komplett durch die Verbrennung von fossilen Energieträgern gewonnen werden, wäre mit einem globalen Temperaturanstieg von 6 Grad zu rechnen – und wir alle wissen, dass wir den Anstieg auf 2 Grad begrenzen müssen.

Der Kampf um Ressourcen läuft bereits auf Hochtouren, wobei sich die verknappten Ressourcen in immer instabileren Regionen der Welt befinden: 70 Prozent der Weltrohstoffreserven an Erdöl und 50 Prozent des Erdgases liegen in den Krisenregionen am Persischen Golf, in Zentralasien und im Kaukasus, immer größere Teile der weltweiten Produktion wichtiger Mineralien und fossiler Energieträger sind entweder in staatlicher Hand, von Oligopolen dominiert oder in langfristigen Lieferverträgen gebunden.

Die Industriestaaten müssen bis 2050 ihren CO2-Ausstoß um mindestens 80 bis 95 Prozent im Vergleich zu 1990 senken, um den drohenden Umweltkollaps zu verhindern.

Wir dürfen nicht vergessen: Was immer wir in Deutschland auch tun, Länder wie China, Indien oder Brasilien wollen und werden wachsen. Sie verweisen zu Recht darauf, dass der Wohlstand des Westens über einen Industrialisierungspfad erreicht wurde, der zu den Problemen beim Klimawandel und zu Ressourcenknappheit geführt hat. Und dieser Wohlstand solle ihnen nun verwehrt werden. Deshalb müssen die entwickelten Industriestaaten zeigen, dass Wachstum und Nachhaltigkeit zusammen gehen. Dazu müssen wir die Industriegesellschaft neu erfinden und eine dritte industrielle Revolution auf den Weg bringen, in deren Zentrum neue Technologien, Produkte und Produktionsverfahren für mehr Energie- und Ressourceneffizienz stehen.

Ökologie und Ökonomie sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Ohne Ökologie und Nachhaltigkeit kann es keinen ökonomischen Fortschritt geben. Ökonomischer Fortschritt ist nur im Einklang mit Energie- und Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit denkbar und möglich.

Unsere Ziele:

Verzicht auf Wachstum ist keine Antwort. Ein solcher Verzicht führt zu sich zuspitzenden Verteilungskonflikten. Wir brauchen Wachstum aus Gründen der internationalen Solidarität. Erforderlich ist ein ökonomischer Strukturwandel zu einer nachhaltigen Ökonomie. Ein neues nachhaltiges Wachstums- und Fortschrittsmodell und ein neues Wohlstandsmodell sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Der Umbau der Industriegesellschaft steht auf der Tagesordnung. Dieser Umbau schafft die Voraussetzungen für qualitatives Wachstum, neue Beschäftigung, Innovationen und Produkte.

Den „nachhaltigen“ Leitmärkten der Zukunft prognostiziert man mittelfristige Wachstumsraten von 8 Prozent pro Jahr. Das bedeutet eine Verdopplung in zehn Jahren. Bis 2020 wird sich das weltweite Marktvolumen der grünen Technologien von heute 1,4 Billionen auf 3,2 Billionen steigern. Aus dieser wirtschaftlichen Dynamik ergeben sich auch enorme Beschäftigungschancen. Nach den Prognosen verschiedener Forschungsinstitute können wir in diesem Jahrzehnt bis zu zwei Millionen neue Jobs im Bereich der Grünen Technologien in Deutschland schaffen. Wer allerdings vom Wachstumstreiber Umwelttechnologie profitieren möchte, muss jetzt die Weichen für eine ökologische Industriepolitik stellen.

- **Das BIP in einen Fortschritts- und Wohlstandindex umwandeln:** Die Geringschätzung der Zukunft ist ein Hauptproblem von Politik und Wirtschaft. Wir haben einen Maßstab für alles, was heute etwas wert ist, aber keinen Maßstab dafür, was in der Zukunft verloren geht. Das BIP eignet sich nur eingeschränkt als Wohlstandsindikator, weil er auch destruktive Wachstumselemente positiv in seine Rechnung einfließen lässt.

Breitere Wohlfahrtsmaße sind zwar in aller Munde, aber es gibt bisher keinen konsensfähigen Index für mehrere Länder. Ziel muss es sein, einen ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator zu entwickeln. Wir müssen noch stärker untersuchen, wie sich Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch entkoppeln lassen. Arbeitsmarkt, Finanzmärkte und Geldmengensteuerung müssen unter dem Aspekt der Wachstumszwänge und –grenzen analysiert werden. Untersucht werden muss auch, wie sich eine ökologisch und sozial neue und nachhaltige Wirtschaftsweise auf Lebensstile, Arbeitswelten und Konsumverhalten auswirken würde.

- **Die Energiewende umsetzen.** Die Atomkraft blockiert den Weg in ein sauberes, sicheres und bezahlbares Energiezeitalter. Sie behindert die Entwicklung dezentraler Erzeugungs- und Anwendungstechnologien, mehr Wettbewerb und günstigere Preise.
  Die Laufzeitverlängerung der AKW ist gleichbedeutend mit einem Innovations- und Investitionsattentismus für die Zukunft unserer Energieversorgung. Sie gefährdet die Planungsunsicherheit von Investoren und damit den Durchbruch der Erneuerbaren Energien. Viele Akteure haben auf Basis der Ausstiegsvereinbarung Investitionen getätigt und Strategien entwickelt. Diese Investitionen für Wachstum und Beschäftigung stehen nun auf dem Prüfstand.

  Die geforderte Reduktion der Emissionen erfordert eine noch tiefgreifende Veränderung des globalen Energiesystems. Außergewöhnliche Anstrengungen aller Regierungen der Welt sind nötig, es gibt einen Investitionsbedarf für den Ausbau der Erneuerbaren, allein im Bereich der Stromerzeugung bis 2035 von 5,7 Bio. US$.
  Notwendig sind:
  - Massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland. 2020 wollen wir mindestens 40 Prozent unseres Strombedarfs aus Erneuerbaren Energien decken.
  - Modernisierung des fossilen Kraftwerksparks – auch der Kohleverstromung – im Rahmen weiter sinkender CO2-Emissionsrechte im europäischen Emissionshandel. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Ausstieg aus der Atomenergie wird bis zum Jahr 2020 nicht allein durch Gaskraftwerke begleitet werden, deren Stromerzeugung zu deutlich höheren Strompreisen führen würde. Sozialdemokraten müssen auch die soziale und wirtschaftliche Wirkung von steigenden Strompreisen beachten.
  - Stärkung der KWK als energieeffiziente Energieform für Strom und Wärme
  - Mehr Energieeffizienz durch ein zukunftsorientiertes Energieeffizienzgesetz und entsprechende Förderprogramme, die den Energieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent reduzieren.
  - Ausbau der Netzinfrastruktur, um den Strukturwandel der Energieversorgung sicher zu stellen. Dazu müssen technologische Innovationen massiv gestützt werden, um den Ausbaubedarf zu reduzieren. Dazu gehört eine gesetzlich festgelegte Bundesnetzwegeplanung entsprechend der Bundesverkehrs-wegeplanung.

- **Eine Ökologische Industriepolitik etablieren.** Ein radikales Umdenken der Energieversorgung allein reicht nicht aus, um die existierenden Probleme zu lösen. Wir stehen vor dem größten und am tiefsten greifenden Strukturwandel, den eine Ökonomie je bewältigen musste. Die Ökologische Industriepolitik ist der Schlüssel dazu. Dem Staat kommt hierbei eine zentrale Rolle zu. Er muss positive Anreize für eine technologiespezifische Förderung ressourcenschonender Technologien setzen. Davon profitiert die gesamte industrielle Wertschöpfungskette unter Einschluss der traditionellen Industriezweige. Mit unserem Konzept der Ökologischen Industriepolitik sind 10 wesentliche Handlungsfelder verbunden.
  - Ökonomische Instrumente stärken, d.h. umweltschädliche Subventionen reduzieren, Dienstwagenprivileg klimaverträglich ausgestalten, Emissionshandel auf Flug- und Schiffverkehr ausdehnen, Agrarförderung umbauen
  - Investitionen anreizen, d.h. die Beschlüsse des Integrierten Klima- und Energieprogramm der Bundesregierung aus dem Jahr 2007 konsequent umsetzen. Laut Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und dem Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung bedeutet die Umsetzung zwischen 2008 und 2020 ein Investitionsvolumen von gut 400 Milliarden Euro
  - Finanzierung erleichtern, d.h. die Gründung eines „CleanTech-Fonds“, die Einführung von Leasing-Modellen für Energieeffizienzmaßnahmen oder eines CleanTech-Dax
  - Ordnungsrecht nutzen, d.h. CO2-Grenzwerte für PKW ambitioniert und berechenbar ausgestalten, Biokraftstoffe der zweiten Generation schneller auf den Markt bringen, Smart metering, d.h. intelligente Zähl- und Messsysteme vorschreiben oder die Verwertungsquote für Abfälle erhöhen
  - Benchmarks transparent machen, Labels und Top-Runner etablieren, d.h. eine Öffentliche Datenbank für Umweltschutz- und Effizienztechnologien einrichten, mehr Transparenz für den öffentlichen Sektor durch CO2-Footprint, die Weiterentwicklung der Öko-Design-Richtlinie oder die Dynamisierung des Europäischen Ordnungsrechts
  - Markteinführungsprogramme nutzen und ausbauen, d.h. Markt-einführungsprogramme für höchsteffiziente Endgeräte und Elektromobilität, Klimaschutzimpulsprogramm für gewerbliche Kälteanlagen oder Mini-KWK-Anlagen.
  - Mit einem Investitions- und Beschaffungspakt Kräfte bündeln, d.h. die Bildung eines Beschaffungspakts von Bund, Ländern und Kommunen
  - Bildung und Ausbildung verbessern, d.h. die Entwicklung eines ressourceneffizienzbezogenen Weiterbildungskonzepts für Beschäftigte, Neue Berufe und ein arbeitsmarktpolitisches Förderprogramm
  - Forschungsförderung konzentrieren, Leuchttürme schaffen, d.h. mehr Energieforschung für intelligente Stromnetze, virtuelle Kraftwerke und effiziente Stromspeichertechnologien oder die Bildung von Leuchttürmen wie „Bioraffinerie“, „Urban Mining“ und „Elektromobilität“
  - Exportinitiativen und Außenhandel intensivieren, d.h. Exportinitiativen starten und die deutsche Exportwirtschaft unterstützen oder Best practice in der Umweltpolitik international verbreiten.

Die Ökologische Industriepolitik ist eine integrale Wirtschaftspolitik. Sie verbindet Wirtschafts- und Umweltpolitik. Sie stärkt den Standort: Energie- und Rohstoffeffizienz wird zum entscheidenden wirtschaftlichen Vorteil im internationalen Wettbewerb – das zeigt der Blick auf die Kosten im verarbeitenden Gewerbe.

Sie macht deutsche Unternehmen innovativer. Hohe staatliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung stärken die Innovationskraft deutscher Unternehmen. Forschung und Entwicklung sind zentral für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands.

Sie ist Beschäftigungspolitik. Erfolgreiche Umwelt- und Klimapolitik schafft Wachstumsmärkte, Arbeitsplätze und erhöht die Energiesicherheit. Mit einer ambitionierten Klimaschutzpolitik können wir z.B. in Deutschland bis zum Jahr 2020 rund 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Sie stimuliert Investitionen und modernisiert die Wirtschaft. Mit 95 Mrd. EUR machen emissionsmindernde Investitionen bereits heute knapp 25 Prozent der deutschen Gesamtinvestitionen aus.

5. Neuer Fortschritt: Ein Programm für Europa und globale Gerechtigkeit.

Europa ist die Chance, zu neuem Fortschritt zu kommen. Wir brauchen mehr Europa und nicht weniger. In der modernen globalisierten Welt kann auch eine Großregion wie Europa sich nicht gegenüber dem Rest der Welt abschotten, ohne sich selbst zu schaden. Europa wird in einer sich erneuernden Weltordnung des 21. Jahrhundert eine wichtige globale Friedensmacht und eine ökonomische Wachstums- und Innovationszone sein, wenn wir die Weichen hierfür richtig stellen. Für uns Europäer ist - bei allen bedrückenden Ungerechtigkeit, bei allen Entwicklungsunterschieden, die es auch hier gibt – auf unserem Kontinent ein sicheres Leben in Wohlstand und sozialer Gemeinschaft möglich. Nach wie vor gilt Europa Millionen von Menschen in Afrika, in Asien und Lateinamerika als Orientierung.

Europa ist für uns dabei mehr als ein gemeinsamer Markt oder ein gemeinsamer Währungsraum. Für uns ist Europa ein gemeinsamer Lebensraum mit einer gemeinsamen Idee, die

- das Gemeinwohl über wirtschaftliche Einzelinteressen stellt,
- die kulturelle Vielfalt über Anpassung,
- Lebensqualität über die Anhäufung von Reichtum,
- Nachhaltige Entwicklung über die rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur,
- die universellen Menschenrechte und Demokratie über das Recht des Stärkeren
- und die Zusammenarbeit über einseitige Machtausübung.

Diese europäische Idee von Freiheit und gegenseitiger Verantwortung müssen wir neu beleben. Wirtschaftlich stark, kulturell vielfältig, sozial sicher und ökologisch nachhaltig: das geht nur gemeinsam in Europa. Und nur ein gemeinsames Europa ist zugleich ein verlässlicher und starker Partner für andere in der Welt.

Der europäische Binnenmarkt ist die richtige Antwort auf die Globalisierung. Die Freizügigkeit von Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen ist aber kein Selbstzweck, sondern sie muss dem Wohlstand und der sozialen Absicherung der Menschen dienen. Die Errungenschaften des Sozialstaates der europäischen Staaten, die Sozialdemokraten im 19. und 20. Jahrhundert erstritten haben, dürfen durch die Europäisierung nicht in Frage gestellt werden. Im Gegenteil: Wir wollen, dass hohe soziale Standards innerhalb der gesamten EU gelten und auch dort verankert werden.

Dies gilt auch für die „Waffengleichheit“ zwischen Arbeit und Kapital, die wir in Deutschland erkämpft haben. Wir wollen, dass sich auch in Europa Arbeitnehmer und ihre Vertreter mit Arbeitgebern gleichberechtigt begegnen.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen wir uns zu dem Ziel der schrittweisen Annäherung der Lebensverhältnisse in Europa innerhalb der kommenden 20 bis 30 Jahre. Auch und gerade deshalb macht ein gemeinsamer Währungsraum Sinn. Dafür brauchen wir eine europäische Wirtschaftsregierung. Wir müssen unsere gemeinsame Währung stabil halten und sie vor Angriffen von Spekulanten schützen.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen auch für die Solidarität zwischen den EU-Partner, in schwierigen Zeiten und lehnen eine Renationalisierung der Wirtschafts- und Währungspolitik ab. Sie ist die falsche Antwort. Jede Investition in ein starkes Europa mit einer starken Währung stärkt Deutschland, sichert Frieden und Zusammenarbeit auf unserem Kontinent und macht Europa zu einem starken Partner für andere in der Welt.

Europa als eine gemeinsame wirtschaftspolitisch starke Region hat mehr Möglichkeiten, zu einer gerechteren Weltordnung beizutragen. Wir wollen, dass Europa der Vorreiter bei der Einführung einer internationalen Finanzmarktsteuer und bei der Regulierung der Finanzmärkte ist. Wir wollen, dass die Verursacher der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise ihren angemessenen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten – dies schließt ausdrücklich eine finanzielle Beteiligung mit ein.

Das neue Instrument des europäischen Bürgerbegehrens wollen wir dazu nutzen, um unseren Vorschlägen gegenüber den mehrheitlich konservativen europäischen Regierungen mehr Nachdruck zu verleihen. Mit dem Bürgerbegehren wagen wir mehr Demokratie in Europa.

Die Stimmabgabe bei der Europawahl muss die Richtung der Europapolitik unmittelbar mitbestimmen. Deshalb wollen wir bei den Wahlen zum nächsten Europäischen Parlament einen europäischen Spitzenkandidaten aller Sozialdemokraten aufstellen, der für das Amt des Kommissionspräsidenten kandidiert. Hierfür müssen die nationalen Parteien gemeinsam mit der SPE-Fraktion und SPE die notwendigen Strukturen schaffen, damit die SPE einen Wahlkampf der europäischen Sozialdemokratie koordinieren und steuern kann. Die SPD wird hierbei Impulsgeberin sein.

Wir wissen, dass die Welt nicht in Frieden leben kann, wenn die tiefe Kluft, die das reiche Europa von den armen Regionen südlich und östlich von ihm trennen, weiter wächst. Wir Europäer tragen auch Verantwortung für die Menschen, die nach wie vor in Armut, Elend und Unterdrückung leben. Es ist unsere Pflicht, alles zu tun, um der brutalen Ausbeutung von Menschen und Rohstoffen ein Ende zu bereiten. Wir sollten den europäischen Markt für agrarische und andere Produkte aus den Ländern der Dritten Welt öffnen, damit dort Kleinbauern, Handwerker und mittelständische Unternehmen eine Chance erhalten, ihre Ware bei uns abzusetzen und sich so gegen die Dominanz der internationalen Konzerne und großen Landbesitzer zu behaupten.

Dem afrikanischen Kontinent, der nur durch das Mittelmeer von Europa getrennt ist, sollte das besondere Augenmerk der Europäer gelten. Eine faire Entwicklungspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und Afrika könnte für beide Seiten von Nutzen sein. Dabei darf es nicht nur darum gehen, Rohstoffe aus Afrika zu importieren und im Gegenzug Konsumgüter und Maschinen zu exportieren. Vielmehr sollte das Ziel europäischer Entwicklungszusammenarbeit darin bestehen, die landwirtschaftliche Ernährungsbasis in den afrikanischen Ländern zu stärken und dort eine sich selbst tragende Wirtschaftsentwicklung in Gang zu bringen, die an die vorhandene handwerkliche und industrielle Kleinproduktion anschließt.

Bei der Sicherung der EU-Außengrenzen müssen strenge rechtsstaatliche Kriterien gelten und der Umgang mit Flüchtlingen muss sich an unseren europäischen Werten orientieren. Die europäische Außenpolitik darf sich nicht nur auf Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik reduzieren. Wir wollen eine zielgerichtete und konsistente europäische Außenpolitik gegenüber den großen Wachstumsregionen, vor allem gegenüber Russland, China, Indien und Südamerika. Wir brauchen ebenso eine Wiederbelebung des transatlantischen Projekts, auch durch eine gemeinsame, nachhaltige Klimapolitik.

Die gemeinsame europäische Außenpolitik ist zwar auch durch das neue Amt der EU-Außenbeauftragten gestärkt worden; wir brauchen aber eine noch engere Abstimmung, damit wir die außenpolitischen Interessen Europas und unsere spezifischen Ansätze der Konfliktprävention und umfassenden Konfliktlösung mit Nachdruck in die globale Innenpolitik einbringen zu können. Deshalb wollen wir mit unseren europäischen Partnern ein Mehr bei Abrüstung und Rüstungskontrolle und eine umfassende Reform der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen erreichen.

Europa kann mehr leisten bei der Lösung von Konflikten: So wollen wir ein verstärktes Engagement beispielsweise in Belarus und im Nahen und Mittleren Osten. Wir sind davon überzeugt, dass nur durch die Schaffung von mehr globaler Gerechtigkeit der Friede auf der Welt dauerhaft gesichert werden kann. Darum dürfen die hochindustrialisierten Länder nicht damit fortfahren, mit ihrer verschwenderischen Lebens- und Produktionsweise überall auf der Welt die Rohstoffe an sich zu reißen, ohne auf die Entwicklungschancen anderer Länder und Kontinente Rücksicht zu nehmen. Der Kurswechsel zu mehr Energie- und Rohstoffeffizienz ist unter diesem Gesichtspunkt ein Beitrag zur globalen Gerechtigkeit. Zugleich sichert er den Frieden, weil er sich anbahnende Ressourcenkriege verhindern kann. Europa kann zeigen, dass wirtschaftlicher Erfolg, Wohlstand, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit gemeinsam wirken können und keine Gegensätze sind.

6. Neuer Fortschritt: Ein Programm für mehr Demokratie.

Wir erleben eine Krise der repräsentativen Demokratie. Die Auseinandersetzung um das Sparpaket der Bundesregierung oder Stuttgart 21 sind dafür Indikatoren. Und diese sind keine Einzelfälle. Die Kontroverse um die Verlängerung der Atomlaufzeiten, die ungelöste Frage der atomaren Endlagerung („Gorleben“) haben 2010 wieder Tausende auf die Straße gebracht. Und erinnern wir uns: Noch vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise aktivierten sich (nicht nur) hunderttausende Jugendliche in der globalisierungskritischen Bewegung und versammelten sich etwa anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Heiligendamm zu einem unübersehbaren Protest gegen die vorherrschende Logik wirtschaftlichen und politischen Handelns. An Schulen und Hochschulen erleben wir immer wieder, dass SchülerInnen und Studierende gegen in ihren Augen unzureichenden Bildungsbedingungen mobilisieren.
Wir haben es verlernt, diese jenseits der repräsentativen Demokratie artikulierten Formen des gesellschaftlichen und politischen Engagements in Parteien, Gremien und Parlamenten zu nutzen. Diese Auseinandersetzungen sind aber für ein produktives Verhältnis zur Politik unverzichtbar. Die Bezeichnung dieser Protestbewegungen als „Dagegen-Republik“ oder als „Wutbürger“ ist falsch und verleumderisch.
Tatsache ist, dass bei der Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes der Eindruck entstanden ist, dass Einzelinteressen und Lobbyismus regieren. Immer stärker nehmen Lobby-Gruppen Einfluss auf die Politik. Es werden Steuergeschenke an diejenigen verteilt, die sie nicht brauchen. Lobbyisten von Privatwirtschaft und privater Krankenversicherung sind die maßgebenden Autoren der Gesundheitsreform. Durch geheime Zusatzverträge und modernen Ablasshandel werden Monopolstrukturen in der Energieversorgung zementiert und Risiko-Technologien gestützt. Der Einfluss von undurchsichtigen Lobby-Aktivitäten muss begrenzt werden, u.a. durch klare Verhaltensregeln für politische Institutionen in Deutschland.

Ein fortschrittliches Verständnis von Demokratie schätzt den Streit um Inhalte und Konzepte. Es fördert und fordert die Bereitschaft zu einer eigenen Haltung und die Möglichkeit, diese im Widerstreit mit anderen Haltungen zu formulieren. Abweichende Meinungen müssen wieder als Bereicherung und Erhöhung der Problemlösungskompetenz angesehen werden anstatt als Verhinderungsversuch.

Was wir brauchen, ist eine neue Vertrauensbildung zwischen den Menschen in unserem Land und den politischen Institutionen. Wir brauchen mehr Beteiligungs- und Sachorientierung. Wir brauchen gelebte Demokratie.

Wir sind uns bewusst, dass der hier beschriebene Weg der Reform unserer Gesellschaft die aktive Beteiligung der Bürger voraussetzt. Wir brauchen eine engagierte Zivilgesellschaft und müssen lebendige politische Debatten ermöglichen. Um die Menschen für den neuen Fortschritt zu gewinnen und aus der gegenwärtigen tiefen Vertrauenskrise der Politik herauszukommen, wollen wir entschlossen mehr Demokratie wagen. Auf allen Ebenen der demokratischen Willensbildung und Entscheidung wollen wir die Bürger stärker und rechtzeitiger beteiligen. Planungsprozesse sollen transparenter gestaltet werden, die Bürger in allen Phasen des Planungsprozesses Zugang zu den entscheidungsrelevanten Informationen erhalten. Planung soll zusammen mit den Bürgern erfolgen, nicht über ihre Köpfe hinweg.

Zur parlamentarischen Demokratie gibt es keine Alternative. Aber sie kann und sollte durch Formen direkter Demokratie ergänzt werden. Darum wollen wir die Möglichkeit von Volksinitiativen, Volksentscheiden und der Volksgesetzgebung auch auf der Bundesebene einführen. Damit dieses Instrument sich nicht zu schnell abnutzt oder missbraucht werden kann, wollen wir seine Inanspruchnahme an strenge Bedingungen knüpfen. Dazu gehören ein hohes Quorum und klar formulierte Entscheidungsalternativen.

Wir wollen, dass junge Menschen in der Schule und in der Hochschule stärker als bisher zu selbstständigem kritischem Denken und zu sozialem Engagement ermutigt und befähigt werden. Darum darf Bildung nicht mit Qualifikation im Sinne des Erwerbs von verwertbaren Fertigkeiten gleichgesetzt werden. Wir wollen keine Jugend, die die Welt, wie sie ist, fatalistisch akzeptiert und sich geschmeidig allen ihnen zugemuteten Bedingungen anpasst. Die Demokratie braucht Kritik und Widerspruch. Sie braucht die Einmischung der Jugend, ganz besonders, wenn es um Zukunftsfragen geht.

Wir bewerten die vielfältigen Formen zivilgesellschaftlicher Eigenaktivität positiv. Wo immer Bürger sich zur Lösung ihrer eigenen Probleme zusammentun, wo sie in selbstverwalteten Organisationen oder lockeren Zusammenschlüssen gemeinwohlorientiert tätig werden, können sie auf unsere Unterstützung zählen. Die Aktivierung der Zivilgesellschaft ist ein wesentlicher Beitrag zur Verlebendigung der Demokratie. Wir wollen diejenigen gesellschaftlichen Gruppen, die sich bisher kaum oder gar nicht an solchen Aktivitäten beteiligt haben, zur Einmischung ermuntern und die materiellen und immateriellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie mehr als bisher von ihren demokratischen Möglichkeiten Gebrauch machen können.

Für uns Sozialdemokraten sind die Gewerkschaften ein unverzichtbarer Bündnispartner auf dem Weg des neuen Fortschritts. Als Interessenvertretung der Arbeitnehmer kommt ihnen eine wichtige Rolle im Prozess der Umstrukturierung der Wirtschaft und der Arbeitswelt zu. Ohne ihre aktive und solidarische Mitwirkung sind die anstehenden Veränderungen nicht zu bewältigen.

Wir sind davon überzeugt, dass die Demokratie in komplexen Gesellschaften ohne Parteien nicht auskommen kann, weil die Vielfalt der Meinungen gebündelt und in bündige alternative Politikkonzepte übersetzt werden muss, wenn darüber demokratisch entschieden werden soll.

Dazu ist es wichtig, dass sich die Parteien zur Gesellschaft hin öffnen, offene Diskussionen führen und ihre Entscheidungsprozesse für die Bürger durchschaubar machen. Wir Sozialdemokraten wollen uns an diesem Maßstab in unserer inhaltlichen Arbeit messen lassen und zudem allen SPD-Untergliederungen die Möglichkeit geben, Personalentscheidungen für öffentliche Ämter unter Beteiligung von Sympathisanten und allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern durch Vorwahlen mit zu entscheiden.